

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

58. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 1,50 Mk., monatlich 50 Pf., ohne Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungsort: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 30. Oktober 1920

Anzeigenpreis: Vereinarbeitungs-, Arbeitsmarkt- und Tobesanzeigen 50 Pf. die fünfspaltige Zeile; Kauf-, Verkaufs- und alle sonstigen Reklameanzeigen 1,50 Mk. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 123

Gewerblicher Rundblick

Die Faktorenfrage bildet im Rahmen Gesamtbetrachtung gewerblicher Erscheinungen ebenfalls ein Kapitel für sich. Und wir müssen gestehen, daß es gerade kein erfreulicher Punkt ist, mit dem wir es hier zu tun haben. Denn von allen Arbeitergruppen unseres Gewerbes, zu denen wir trotz ihrer sogenannten besonderen Vertrauensstellung auch die Faktoren rechnen, leben wir hier sowohl in organisatorischer, tariflicher wie sozialer Hinsicht ein gewisses „Sich-sich-wollen“, das sich mit dem Geiste der neuen Zeit sehr schlecht verträgt und daher auch überall mit Schwierigkeiten zu rechnen hat und fortgesetzt neue Schwierigkeiten schafft. Da jedoch die Folgen solcher Verhältnisse die Gehilfenschaft weit weniger berühren als die Faktoren selbst, so kann es auch nicht unsere Aufgabe sein, in diesen Fragen mit größerem Nachdruck auf eine befriedigende Lösung zu drängen, als dies von den Faktoren selbst erstrebt wird. Vom gewerkschaftlichen Standpunkt aus wünschen wir zwischen Gehilfenschaft und Faktoren ein verträgliches und gehilfliches Mitarbeiterverhältnis im gewerblichen Produktionsprozeß. Und es ist uns wohlbekannt und errentlich zu berichten, daß auch auf Faktorensseite eine ziemlich starke Richtung vorhanden ist, die dies Ziel erstrebt. Leider scheint es jedoch in dieser Hinsicht auch nicht an einflussreichen Strömungen innerhalb der Faktorenschaft zu fehlen, die mehr nach rechts, d. h. nach der Prinzipalseite tendieren. Daraus ergibt sich für die Faktoren im allgemeinen eine Situation, als wenn sie zwischen zwei Stühlen lägen. Auf organisatorischem Gebiete zeigt sich dies von größtem Nachteil. Den Lesern des „Korr.“ ist es durch eine ganze Reihe von Artikeln aus Faktorenkreisen besonders in den letzten Monaten deutlich genug ersichtlich geworden, daß der Deutsche Faktorenbund mit sehr ernstlichen Gegenströmungen zu rechnen hat, die sich schon seit längerer Zeit zu einer organisierten Opposition von links ausgedehnt hat. Unre Generalversammlung in Nürnberg hat in dieser Beziehung mit ihrer Ansicht nicht zurückgehalten, und wir haben auch heute noch keine Ursache, von dieser Stellungnahme abzusehen. Es wurde in Nürnberg durch den Verhandlungspräsidenten gewissermaßen als Abschluß der Faktorendeckung u. a. erklärt: „... Die Organisation der Faktoren muß sich selbst einem andern Standpunkt, und zwar im Sinne der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung, anpassen. Dann wird auch die Möglichkeit gegeben sein, mit dem Faktorenbund in ein gewisses Verhältnis zu treten.“ Inzwischen hat sich an dieser Situation nichts wesentliches geändert. Und wer Gelegenheit hatte, „Die Graphische Welt“, das offizielle Organ des Faktorenbundes, aufmerksam zu verfolgen, der wird gefunden haben, daß dessen Tendenz immer noch zwischen Hangen und Wanken schwelt. Diese Hilflosigkeit hat nun neuerdings zu noch weiteren Befürchtungen des Faktorenbundes auf organisatorischem Gebiete geführt. Es handelt sich dabei um Organisationsbestrebungen der höheren Angestellten des graphischen Gewerbes, die nach einem Bericht des „Zeitungsvorgangs“ von Berlin ausgeht und der „Initiative“ des Geschäftsführers der Firma Willkorn & Co., Fritz Göb, entspringen soll. Auch hier scheint es sich um eine Abspaltung vom Faktorenbund zu handeln. Und man wird wohl nicht fehlgehen, wenn man auch diese Spaltungsversuche auf das Konto der Vertragsgemeinschaft setzt, „die allen etwas verspricht, aber niemals jemand etwas gebracht hat“. Nicht mit Unrecht schreibt dazu ein uns bekannter Fachmann: „Nach den höheren Angestellten wird sich aus dem Faktorenbund noch eine Organisation der „mittleren“ und zum Schluß noch eine solche der „niederen“ Angestellten im graphischen Gewerbe bilden. ... Da der Faktorenbund bis jetzt noch nie seine „starke“ Hand zur Erreichung annehmbarer Verhältnisse für seine ihm Angehörigen gehoben hat, so braucht man sich nicht zu wundern über Neubildungen von Angestelltenorganisationen innerhalb des graphischen Gewerbes.“

Es fehlt also nicht an Beweisen, daß auch die Faktorenfrage in der Hauptsache zunächst eine Magenfrage ist, der

die sogenannte Vertragsgemeinschaft noch viel weniger gerecht zu werden in der Lage ist, als die bisherige Tarifgemeinschaft. Es ist daher um so charakteristischer, daß man auch heute noch vom Faktorenbund auf diesem Gebiet anscheinend weder ein noch aus weiß. Im Bundesorgan sind man ein großes Rätselraten über Vertrags-, Tarif- oder graphische Arbeitsgemeinschaft. Was es mit der letzteren für eine Bewandnis hat, ist wahrscheinlich nur für ganz Eingeweihte verständlich. Es scheint so ein Mittelglied zwischen Tarif- und Berufsgemeinschaft (Schaeffer) zu sein; also weder das eine, noch das andre. Mit einer geradezu rührenden Naivität möchte man es weder mit den Prinzipalen, als deren „Vertrauensperson“ man sich fühlt, verderben, noch mit den Gehilfen, denen gegenüber man nur schwer herbergen kann, daß man sich immer noch mehr als Vorgelegter statt als qualifizierter Mitarbeiter zu fühlen scheint. Das ist allerdings ein schwieriges Kunststück und verliert außerdem von Tag zu Tag an Kurswert; wodurch die Position zwischen den bekannten zwei Stühlen natürlich immer heikler wird.

Wir sind überzeugt, daß die ab und zu in der „Graphischen Welt“ irrtümliche „Vertrauensperson“ der Prinzipalität die äußerst mangelhafte Vertragsgemeinschaft niemals so betrachten wird, wie es den Interessen aufrechter und sich des Wertes ihrer Arbeitskraft bewußter Faktoren entsprechen würde. Dazu sind die materialistischen Grundlagen der privatrechtlichen Wirtschaft auch im Buchdruckgewerbe viel zu egoistisch. Sie werden auch für die Faktoren nur mit den gleichen Waffen zu überwinden sein, wie sie in der gesamten groben Auseinandersetzung zwischen Arbeit und Kapital erforderlich sind. Solange die Faktoren in ihrer großen Mehrzahl diese Voreinstellung des heutigen geistigen Ringens, von dem die wirtschaftliche Seite untrennbar ist, nicht erkannt haben, werden sie keinen Schritt weiterkommen. Möge daher diese Erkenntnis ihren Vertretern bei den mit dem 29. Oktober angefangenen Verhandlungen mit der Prinzipalität zur Seite stehen. Wir wünschen das insbesondere deshalb, weil dadurch auch die persönliche Achtung gegenüber den Faktoren seitens der Gehilfen — alt im beiderseitigen Interesse wie in dem des ganzen Gewerbes nur gewinnen würde.

Die Hauptversammlung der Zeitungsvorleger vom 19. bis 21. Oktober in Hannover bildet einen weiteren Punkt, der besondere Aufmerksamkeit verdient. Zwar sind wir noch nicht in der Lage, das Gesamtergebnis dieser Tagung zu beleuchten, da uns darüber noch kein offizieller Bericht zu Gesicht gekommen ist. Was jedoch zu dieser großen Generalversammlung der deutschen Zeitungsvorleger, die bekanntlich eine der bedeutendsten „Großmächte“ vertreten wollen oder sollen, dem „Zeitungsvorlag“ vom 20. Oktober und nachher der Tagespresse über diese Tagung zu entnehmen ist, bietet reichlich Gelegenheit, von den Sorgen und Wünschen dieser Herren einen einigermaßen ausdehrenden Begriff zu bekommen. Nach dem im „Zeitungsvorlag“ veröffentlichten Programm war der 19. Oktober zunächst ein Tag der geistigen und seelischen Stärkung für die Aufrollung der eigentlichen Tagesordnung am nächsten Tage. Diese umfaßt 13 Punkte und war in einen offiziellen und geschäftlichen Teil gegliedert; außer Punkt 5 „Tarifverhandlungen im Buchdruckgewerbe“, 6. „Arbeitsmarktangelegenheiten“ (drohendes gänzlich Verbot) und 7. „Papierwirtschaft“ (Kontingenzregelung, Preis, Rückvergütung), verdient unterteilt noch der Antrag, daß der Sitz des Vereins nach Berlin zu verlegen ist (früher Hannover, zuletzt Magdeburg), einige Beachtung. Für den 21. Oktober war die gemeinsame Anhörung eines Referats und Korreferats über „Erfahrungen mit dem Betriebsrätegesetz im Zeitungsgewerbe“ gelegentlich der gleichfalls in Hannover angelegten Generalversammlung des Arbeitgeberverbandes für das deutsche Zeitungsgewerbe vorgesehen. Soweit sich nun aus dem „Zeitungsvorlag“ ein Wunschzettel zu diesen Verhandlungen ergibt, wäre zunächst zu vermerken, daß der redaktionelle Beirühungsartikel unter dem Eindruck des Parquetes der Unabhängigen in Halle die Periode des Bürgerkriegs in

nächster Nähe steht, welches Bild noch grüßlicher gemacht wird durch eine bewegliche Klage darüber, daß die Arbeitgeberchaft des Berliner Zeitungsgewerbes sich einem „Diktat der Staatsraison“ beugen mußte. Demgegenüber sollte die Tagung in Hannover den Beweis erbringen, daß das Gefühl der Verantwortlichkeit der Presseleute beim Vereine Deutscher Zeitungsvorleger stets die beste Pflege gefunden habe. Denn „um wirken zu können, muß man zunächst leben“, und die erste Pflicht sei deshalb die Pflicht der Selbsterhaltung. Unre Leser würden sich über dieses Bekenntnis wohl freuen, wenn die Praxis dieser Mitglieder des Vereins Deutscher Zeitungsvorleger in dieser Richtung nicht in erster Linie auf Kosten der Angestellten und Arbeiter geübt würde. Es hat also die offizielle Pauke für diese Tagung von unserm Standpunkt aus schon von vornherein ein großes Loch; und leider ist der übrige Teil des betreffenden Artikels so blutleer, daß es beinahe bedenklich erscheint, von seinem Inhalt auf die Bedeutung der Tagung zu schließen. Welt weniger sagbar und beheldener rückt dafür ein Mitarbeiter des „Zeitungsvorgangs“ namens Karl Gollhoff (Kassel) ins Feld. Er behauptet eine starke Hoffnung auf eine bessere Zukunft durch die Jüngeren, ohne die es nach seiner eignen Ansicht vielleicht für den größten Teil der deutschen Zeitungen im Augenblick am vorzuziehenden wäre, „die Bude zumachen“. Er wünscht im Vorstand eine stärkere Vertretung der mittleren und kleineren Zeitungen gegenüber den „Großen“, außerdem jüngerer Blut an die Spitze. Bei den Tarifverhandlungen im Buchdruckgewerbe fordert er gleichfalls einen möglichst starken Einfluß der Zeitungsvorlegerchaft. Auf die „Bedürfnisse der Presse, die doch wohl Zehntausenden von Gehilfen Arbeit und Nahrung gibt“, müsse im neuen Tarif entschieden mehr Rücksicht als bisher genommen werden. Forderungen nach größerer Beweglichkeit für Nacharbeit, Abschaffung der „Zeitstrafe“ für Nacharbeit durch die viel zu hohen Aufschläge und Befehligung mancher Vorschriften für die Arbeitszeit, für die Schmalz neu lassen ein für Unternehmerprofil sehr warmes und für Arbeiterinteressen um so kühleres Satz im Zule des Herrn Gollhoff aus Kassel erkennen. Wir wünschen seinem Temperament zwar vollen Erfolg in der Frage des Preisabbaues auf dem Papiermarkt, aber auch eine geringere Echeu bezüglich des Abbaues der Verkaufspreise aller Waren, auch jener des Zeitungsvorgangs. Denn erst dann wird sich auch die Verwertung der menschlichen Arbeitskräfte wieder rentieren, wenn ihre eignen Produktions- und Fortbildungskosten geringer werden. Leider fehlt es diesem wie allen andern Mitarbeitern des „Zeitungsvorgangs“, soweit sie in der in Frage kommenden Nummer zu Worte kommen, an solchen Gedanken. Sie verfallen durchweg nur großes Verlangen nach freier Ausnützung der geistigen und körperlichen Arbeitskräfte an andre Menschen; denken aber nicht daran, daß diese in erster Linie als Verleger ihrer eignen Arbeitskraft ein Recht auf Existenz haben, und um wirken zu können, ebenfalls zuerst leben müssen. Es fehlt also der geistigen Begründung der materiellen Forderungen der Zeitungsvorleger nach dieser Richtung in der Hauptsache die Erkenntnis, daß sie andern nicht zumuten sollen, was sie für sich selbst ablehnen.

Soweit nun nach diesem Vorpiel in den Spalten des „Zeitungsvorgangs“ über den eigentlichen Verlauf der Hauptversammlung des Deutschen Zeitungsvorlegervereins nach den aufällig spärlichen Presseberichten etwas zu sagen wäre, verdient hervorgehoben zu werden, daß an den Verhandlungen der erste Vorsitzende des Deutschen Buchdruckervereins (Herr Klinschardt [Leipzig]) zum erstenmal in offizieller Weise als Gast teilnahm. Dieser wurde durch den Vorsitzenden der Zeitungsvorleger, Dr. Haber, in geradezu offenkundiger Weise feierlich begrüßt, und zwar ausdrücklich unter Hinweis auf die Beratungen über die Tariffrage im Buchdruckgewerbe, „über dessen außerordentlich ernste Lage sich die Zeitungsvorleger ganz einig seien.“ Eine eigenartige Würdigung sowohl nach der politischen wie sozialen Seite erhielt außerdem die Tagung durch die Teilnahme des Oberpräsidenten der

Provinz Hannover, Moske, des bekannten früheren Reichswehramtlers und sozialistischen Führers. In seiner ihm eigenen kritischen und kernigen Art widmete er den Herren Zeitungsbearbeitern scheinbar folgende Anrede:

Der Feind und seine Folgen haben gerade das deutsche Zeitungsgewerbe in höhere Bedrängnis gebracht. Alle diese Mitleidlichen sind von ihm nicht durchschaut worden, der in mehr als fünfundsiebenzigjähriger Tätigkeit als Pressemann volles Verständnis für die Lage hat. Zahlreiche Zeitungsetriebe sind den Verhältnissen zum Opfer gefallen. Nun gelte es, das Zeitungsgewerbe zu neuer und höherer Blüte zu bringen. Vor der ersten Ware, die die Zeitungen auf den Markt bringen, hänge zum Teil das Schicksal unseres Volkes ab. Von der Haltung der Presse als Leiter des Volkes und Hüter der inneren Ordnung werde auch die Stimmung der anderen Länder uns gegenüber bestimmt. Das Volk, das die beste Presse habe, werde in Zukunft das führende sein. Die Presse dürfe jedoch kein reines Profitunternehmen sein, sie müsse sich ihrer hohen vaterländischen Aufgabe bewußt bleiben.

Der Vorsitzende Dr. Faber sah sich späterhin genötigt, auf die prinzipiell bedeutsame Betonung Moskes, daß die Presse kein reines Profitunternehmen sein darf, zu erwidern. Er führte aus, daß die deutsche Presse, wie er sie in langjähriger Arbeit kenne, immer von dem Bewußtsein erfüllt gewesen sei, am Wohle des Volkes mitzuarbeiten. Die deutschen Zeitungserleger lebten es auch heute noch wie immer ab, privatwirtschaftlichen Interessen zu folgen. Der Geist der Verantwortung und vaterländisches Gefühl beherrschte den Verein. — Wir sind in dieser Hinsicht zwar wesentlich anderer Auffassung, soweit es einen großen Teil der deutschen Zeitungserleger betrifft. Besonders im letzten Berliner Zeitungskongress gelangte sich ein äußerst stark ausgeprägter Zug privatkapitalistischer Interessenwahrnehmung. Und auch sonst fehlt es nicht an Merkmalen die auf sehr einseitige Profitinteressen vieler deutscher Zeitungserleger hinweisen. Wir erinnern nur an die „Sinnes- und Augenbergs-Presse“ usw., ferner verweisen wir an die dieser Tage bekanntgewordene Abicht der „rechten Hand Ludendorffs“, das Obersten Nicolai, der neuerdings den Zusammenschluß aller nationalen Zeitungen in Deutschland zu einem großen Konzern organisieren und sie einem von ihm geleiteten Berliner Bureau unterstellen will, wozu führende altdeutsche Kapitalisten die Mittel zur Verfügung stellen. Auch aus den alltäglichen Erfahrungen des engeren Berufslebens der Buchdrucker könnten wir Hunderte von Beispielen anführen, die in direktem Gegensatz zu den Äußerungen Dr. Fabers stehen und den Standpunkt Moskes vollständig rechtfertigen. Wir wollen jedoch in der gegenwärtigen Zeit dieses im Volksinteresse sehr befürchtliche Kapitel nicht eingehender beleuchten. Moske kennt seine Pappenheimer zweifellos nicht weniger genau, weshalb er ja auch aus seinem Herzen keine Mördergrube zu machen braucht. Ob der weitere Verlauf der Tagung der Zeitungserleger und insbesondere auch der Verlauf unserer Kartverhandlungen, wobei die Vertreter der Zeitungserleger sicherlich weit weniger im vaterländischen als im eignen Interesse wirken dürfen, uns noch Veranlassung gibt, dieses Kapitel einmal gründlicher aufzuspüren, bleibt noch abzuwarten.

Neue Wege in der Sozialversicherung

Wiederholt ist schon das neue Reichsversicherungs-gesetz über die Arbeitslosigkeit angehängt worden, und im „Korrespondenzblatt“ waren vor Monaten Andeutungen zu lesen, wie die Regierung sich die Ausführung denkt. In einem solchen Wendepunkt in der Sozialversicherung sei einmal die Gesamtheit unserer Versicherungsweige betrachtet und versucht, das gesamte Gebäude in einen neuen Rahmen zu bringen. Denn wenn wir die Frage an diesem Wendepunkte nicht löse messern, wie wir es wünschen, so dürfen wir sicher sein, daß für mindestens ein Jahrzehnt es nichts mehr zu ändern gibt.

Wenn die geplante Arbeitslosenversicherung in der einen oder andern Weise mehr oder weniger glücklich unter Dach ist, dann ist das letzte Glied geschmiedet, die Kette geschlossen. Es gibt dann keinen Zwischenfall im Leben der arbeitenden Volksschichten mehr, der nicht staatlich „gefürsorgt“ wäre. Ob jemand unfähig, krank, invalide, altersschwach oder arbeitslos ist, es ist für ihn „georgt“. Wenn aber nun schon für alle Zwischenfälle gesorgt ist, so muß sich jeder Vernünftige die Frage vorlegen: warum denn nun in so mancherlei Gestalt? Ich bin auf Grund der Reichsverfassung verpflichtet, meine persönlichen oder geistigen Arbeitskräfte in den Dienst der Allgemeinheit zu stellen; bin ich daran gehindert durch Krankheit, Unfall, Alter oder weil mir eben diese Allgemeinheit keine Beschäftigung besorgen kann, so hat sie für mich zu sorgen, und zwar ausreichend. Dazu bedarf es aber nicht vielerlei Institutionen. Man vereine nun endlich die Gesamtheit der Arbeiterversicherung in einem einheitlichen Rahmen nach einheitlichen Grundgedanken in einer großen öffentlichen Kurativanstalt. Welche Anomalie an der Arbeitswelt wird heute nicht verursacht durch die Vielzahl der verschiedenen Versicherungen. Man lasse gründlich in den verschiedenen auszukommen, gebürt schon heute ein hochentwickeltes. Und dazu soll nun noch eine neue Versicherungsanstalt geschaffen werden von einem ungeheuren Umfang? Ist das nicht komplexer Aufwand? Man bringe endlich alles auf eine einheitliche Grundlage.

Da wir aber nun einmal bei einem gründlichen Fieberausgang angelangt sind, so sei auch gleich die Frage aufgeworfen, wo das mit vielerlei Beiträgen noch hinaus will. Denn das ist doch sicher, daß die neue Arbeitslosenversicherung nicht mit Beiträgen von wenigen Mennigen auskommen würde, wie es uns das „Korrespondenzblatt“ weismachen wollte. Die Beiträge werden auch hierfür mehrere Mark pro Woche betragen, wenn man überhaupt etwas schaffen will, was nur halbwegs den Zeilfällen angepaßt ist. Wir lassen aber schon jetzt einen erheblichen Teil unfres Lohnes für die verheißenen Beiträge und für Steuern in der Tüte. Das kann doch wohl nicht der Sinn der Arbeit sein, daß man nur schafft, um staatliche Zwangsanstalten zu unterhalten. Der frühere Staat hatte es verstanden, die mit so löblichen Worten der kaaunenden Welt vorbenommene soziale Fürsorge auf Kosten der zu Verborgenen zu schaffen. Vom neuen Staat müssen wir verlangen, daß er nun endlich einmal seine Pflicht ganz tue und selbst mit eigenen Kosten diese Fürsorge unterhalte. Man hat ja heute endlich begriffen, daß Arbeit die Quelle aller Werte ist und daß die Allgemeinheit von der Arbeit aller den größten Nutzen hat. Ei, so komme denn auch die Allgemeinheit für die Kosten der Opfer auf, die bei dieser nationalen Arbeitspflicht auf der Strecke liegen bleiben.

Man wird mir vielleicht einwenden, daß jetzt der allerungünstigste Zeitpunkt dafür sei, da das Reich ja so belästelt sei. Zugegeben; aber wir alle, sind wir denn nicht noch viel, viel ärmer? Wer fragt nach uns bei neuen Anforderungen? Zudem ließe sich ein erheblicher Teil der Kosten aufbringen durch Umlage bei dem Gewinn aus der Arbeit am meisten Interessierten — den Arbeitgebern, analog ihren jetzigen Beiträgen zu den Versicherungen.

Ein guter Finanzminister muß aber nicht nur immer zusehen, das Loch mit neuen Steuern zu verstopfen, sondern man wende sich einmal dem produktiven Gelderwerb zu. Man mache endlich einmal ernst mit der Sozialisierung. Wie das zu machen ist, haben ja schon verschiedene treffliche Broschüren gezeigt, besonders die von Wilsons Forten behandelt das Thema erschöpfend und überzeugend; ihr Studium ist jedem bestens empfohlen. Allerdings ist ihr Preis kein kleiner; aber vielleicht genügt dieser Hinweis, um die Bibliotheken zur Anschaffung zu veranlassen.

Man höre aber endlich einmal auf, die Daumen-schrauben bei den ausgepreßten Arbeitern anzulehnen. Das Reich übernehme die Kosten der sozialen Fürsorge, wie es seine sittliche Pflicht ist. Das sei die Parole. Leider verbleibt der kostbare Raum des „Korr.“, auf a“es ausschließlich zugehen. Ich glaube aber auch mit vielen nur stützenden Umrissen das Nötige allgemeinverständlich dargelegt zu haben. Sache der Vertreter der Arbeiterschaft wird es sein, im Sinne dieser Anregungen zu wirken. Dies ist das Ziel meiner Ausführungen.

Salle a. d. S. Artur Schröter.

Das Problem einer Reichsvolkspensionskasse

Es ist eigentlich in unserer neuen Zeit ein Anrecht, noch mehrere Klassen von Volksgenossen zu bilden oder weiter zu pflegen. Diese Klassifizierung tritt auf dem Gebiete der Pensionierung und Versorgung der Hinterbliebenen der arbeitenden Bevölkerung kräftig auf. Wohl haben die Beamten und deren Hinterbliebenen ihre Versorgung. Wohl sind auch sonst einige Kategorien von Arbeitern und Angestellten in dieser Weise versichert; aber der weitaus größte Teil von Arbeitern und Angestellten, ganz gleich in welcher Stellung sie sich befinden, wissen von einer Alters- und Hinterbliebenenversorgung nichts. Es könnte hier eingeworfen werden, für die Beamten wird ja ein Fünftel ihres Gehalts zur Pensionskasse einbehalten und sie begeben sich darüber ihre Pensionen. Bei einem großen Teile der Beamten sind aber die Grundzüge zur Pensionierung gerade nicht so besetzt. Auch der Einwurf könnte gemacht werden, für was haben wir unsere Invaliden- und Altersversicherung. Wer aber weiß, daß die heutige Invalidenversicherung keine wahre Versorgung bedeutet, man sogar mit den Menschen Mitleid haben muß, die infolge von Unglück auf die Invalidenversicherung angewiesen sind, um ihr Leben zu fristen, der wird wohl nicht behaupten wollen, daß durch die Invalidenversicherung eine ausreichende Versorgung für alle Lebenslagen geboten wird. Nach Würdigung all dessen glaube ich denn von mir gehegen Gedanken in dem einen Worte Reichsvolkspensionskasse Ausdruck geben zu dürfen.

Durch Einführung einer Reichsvolkspensionskasse könnten große Mängel und Ge-nährnisse beseitigt werden, trotz der großen Schwierigkeiten, welche der Einführung einer solchen Kasse entgegenstehen. Solche Schwierigkeiten sind zu finden erstens in unserer so mitleidigen Finanzlage, zweitens werden durch den Ausbau selbst verschiedene Mängelstände in der Einkommensteuer, welche in der heutigen sozialen Gesetzgebung enthalten sind, und drittens wird diese Kasse aus der Arbeitserlösen bekämpft werden. Man wird aber früher oder später doch zu dieser Pensionskasse kommen müssen; sie ist nötiger als je. Welch ein erhebendes Gefühl müßte das für einen Familienvater sein, bei vorzeitiger Invalidität vor Not geschützt zu sein! Oder bei Tod seine Familie nicht dem Elende preisgegeben zu wissen!

Als Hauptgrund dieser Reichsvolkspensionskasse käme unsere heutige Invaliden- und Altersversicherung in Frage, da hier der Grundgedanke zu dieser allgemeinen Volkspensionierung schon gegeben ist. Dieser müßten dann alle anderen Pensionskassen, ganz gleich welchen Namen sie

führen, angeschlossen und dann zur Vollständigkeit ausgebaut werden. Dabei müßte beachtet werden, den Verwaltungskörper so einfach wie möglich zu gestalten. Die Verwaltungen müßten sämtlich unter einen Hut gebracht werden. Durch eine solche Vereinfachung des Verwaltungskörpers könnten große Summen eingespart werden, welche dann zum Nutzen dieser Pensionskasse Verwendung finden müßten. Auch wären die Lebensversicherungs-gesellschaften auf irgendeine Weise dieser Volkspensionierung nutzbar zu machen. Auszubehnen hätte sich diese Kasse auf alle Beamte, Arbeiter und Angestellte in Handel, Industrie, Gewerbe, Freie Berufe und Landwirtschaft. Die Pensionen wären so zu regeln, daß dieselben über einen Höchstmaß nicht hinausgehen. Sie müßten aber für jeden Versicherten so beschaffen sein, daß die Betroffenen der Not und dem Elende nicht preisgegeben wären. Die Altersgrenze müßte herabgesetzt werden. Den großen Schwierigkeiten, die einem solchen Problem entgegenstehen, verleihe ich mich gar nicht und habe das eingangs schon erwähnt; aber soll unser Volk moralisch und sittlich wieder gesunden, wird dieser Weg, wenn er beschritten wird, am ehesten zum Ziele führen, denn bei einigermassen ernstlichem Willen ist es möglich, nach Wegräumung dieser Schwierigkeiten diesen Weg zu beschreiten.

Neben dieser Reichspensionskasse müßte naturgemäß der Arbeitszwang einhergehen, das heißt, es müßte durch Reichsgesetz verfügt werden, daß ein jeder durch eine seinen Kenntnissen entsprechende Arbeitsleistung dem Arbeitszwang unterliegen müßte. Wenn auf der einen Seite von dem Reiche verlangt wird, auf sozialem Gebiete dem Volke Grobes zu bieten, so kann das Reich von seinem Volke wieder verlangen, daß es diese Werte schafft, welche geeignet sind, die gestellte Aufgabe zu lösen, und das kann nur durch eine allgemeine Arbeitspflicht gewährleistet werden.

Karlruhe.

Emil Forst.

Sozialgesetzgebung und bürgerliches Recht

Sozialpolitische Wahlen

Während des Krieges sind die Wahlen der Beisitzer zu den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten sowie der Vertreter bei den Versicherungsbehörden, den Versicherungs-trägern und der Angestelltenversicherung bis nach Beendigung des Krieges hinausgeschoben worden. Da diese für die Arbeiterschaft so überaus wichtigen Wahlen in diesem und nächstem Jahre stattfinden werden und es im eignen Interesse der Gewerkschaften liegt, für alle in Betracht kommenden Wahlen tüchtige, mit den einschlägigen Gegebenheiten vertraute Personen in Vorschlag zu bringen, soll nachstehend auf die Bedeutung dieser Wahlen kurz eingegangen werden.

1. Gewerbliches Recht

Nach der Verordnung vom 12. Juli 1917 ist die Amtsdauer der Beisitzer zu den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten bis zum Ablauf von sechs Monaten nach Beendigung des Kriegszustandes verlängert worden. Da nach einer Verordnung vom 29. Mai 1920 als Tag der Kriegsende der 10. Januar 1920 anzusehen ist, müssen die Neuwahlen bis zum 31. Dezember 1920 überall stattfinden. Zur Teilnahme an den Wahlen zum Gewerbegerichte sind nur alle gewerblichen Arbeiter und Arbeiterinnen, die das 20. Lebensjahr vollendet und im Bezirke des Gewerbegerichts entweder Wohnung oder Beschäftigung haben, berechtigt. Die Verordnung vom 12. Mai 1920 hat das Alter zur Teilnahme an den Wahlen von 25 auf 20 Jahre herabgesetzt, ebenso den weiblichen Personen das Wahlrecht eingeräumt. Als Beisitzer kann aber nur aufgestellt werden, wer das 30. Lebensjahr vollendet hat. Die Bestimmungen des § 11 des Gewerbegerichtsgesetzes, wonach der Beisitzer für sich und seine Familie bei e Armenunterstützung im Jahre vorher empfangen haben durfte oder die erhaltene zurückverkauft haben mußte, ebenso das Erordernis einer mindestens zweijährigen Dauer des Wohnens oder Beschäftigung finden für die diesmalige Wahl keine Anwendung. Als Arbeiter im Sinne des Gesetzes gelten auch Betriebsbeamte, Werkmeister und mit höheren technischen Dienstleistungen betraute Angestellte, deren Jahresarbeitsverdienst 15000 Mk. (bisher 2000 Mk.) nicht übersteigt. Ausdrücklich sei hierzu bemerkt, daß die Arbeiter und Arbeiterinnen ohne Rücksicht auf die Wohnhöhe dem Gewerbegerichtsgesetz unterstehen. Die Wahl findet nach den Grundzügen der Verhältnisse dieser Art statt, daß neben den Mehrheitsgruppen auch die Minderheitsgruppen entsprechend ihrer Zahl vertreten sind. Hierbei kann auch die Einkommensabgabe auf Vorschlagslisten beschränkt werden, die bis zu einem im Statut festgesetzten Zeitpunkt vor der Wahl einzureichen sind. — Für die Wahlen zum Kaufmannsgerichte gelten die gleichen Bestimmungen über das Wahlalter zur Teilnahme an der Wahl und für die Beisitzer. Ebenso sind hier die weiblichen Personen wahlberechtigt. Sanftmännchen, deren Jahresarbeitsverdienst früher 5000 Mk., jetzt 15000 Mk. übersteigt, sind aber weder wahlberechtigt noch wählbar.

2. Soziales Recht

Die Amtsdauer der Vertreter der Versicherungs-träger und Versicherungsbehörden hat sich infolge des Krieges gleichfalls verlängert. Eine Verordnung vom 11. Januar 1917 bestimmt hier, daß diese Verlängerung sich nicht länger erstrecken darf als bis zum Schluß des Kalender-jahrs, das dem Jahre folgt, in welchem der Krieg be-

endet ist. Nach einer Verordnung vom 11. Dezember 1917 gilt das gleiche auch für die Verlängerung der Amts-dauer der Vertreter bei der Angestelltenversicherung. Wir haben nun in diesem und im nächsten Jahre hier ebenfalls mit Neuwahlen zu rechnen. Zunächst kommen da die Wahlen zu den Ausschüssen und danach die zu den Vorständen der Krankenkassen in Betracht. Bei den Krankenkassen wählen die beteiligten volljährigen Versicherten ihre Vertreter zum Ausschuss. Die Vorstands-mitglieder werden von den Ausschussmitgliedern gewählt. Vorstand und Ausschuss bestehen zu zwei Dritteln aus Vertretern der Versicherten, zu einem Drittel aus Unternehmern. Die Invalidentversicherungsanstalten werden ebenfalls von einem Vorstand und Ausschuss verwaltet. Der Ausschuss besteht zur Hälfte aus Versicherten und Unternehmern; dem Vorstande gehören neben den be-amteten Vorstandsmitgliedern auch Laienmitglieder an. Die Vorstände der Berufsgenossenschaften dagegen setzen sich nur aus Vertretern der Unternehmer zusammen. Bei den Berufsgenossenschaften kommen nur Vertreter der Versicherten für die Unfallverhütung in Betracht. Als Organe der Angestelltenversicherung sind dann vorgehen: Vertrauensmänner, Rentenausschüsse, Verwaltungsrat, Direk-torium, und zwar auch unter Beilegung von Vertretern der Versicherten und Unternehmer. Weiter fungieren nun noch Vertreter der Versicherten und Unternehmer bei den Versicherungsbehörden. Für alle diese Wahlen besteht — mit Ausnahme der Wahl zum Ausschuss der Krankenkasse und für die Vertrauensmänner bei der Angestellten-versicherung — nur das indirekte Wahlverfahren. Wie bereits bemerkt, wählen die volljährigen Krankenkassen-mitglieder die Ausschussmitglieder, diese wieder die Vorstandsmitglieder. Letztere wählen sodann die Vertreter zum Versicherungsausschuss. Während zu den Organen der Versicherungssträger auch Frauen wählbar sind, sind zu der Mitwirkung bei den Versicherungsbehörden nur Männer zugelassen. Die Beisitzer aus dem Kreise der Versicherten beim Oberversicherungsamt werden von den Versicherten-beisitzern bei den Versicherungsämtern und die Beisitzer der Versicherten beim Reichsversicherungsamt werden von den Versichertenbeisitzern beim Oberversicherungsamt gewählt. Die Wahl der Ausschussmitglieder bei den Invalident-versicherungsanstalten werden von den Beisitzern der Ver-sicherungsämter und die der Laienbeisitzer zum Vorstande von den Ausschussmitgliedern gewählt. Die Vertreter für Unfallverhütung bei den Berufsgenossenschaften werden dann nach von den Beisitzern der Oberversicherungsämter gewählt. Was zum Schlusse noch das Wahlverfahren bei der Angestelltenversicherung anbetrifft, so werden die Vertrauensmänner von den volljährigen versicherten An-gestellten und deren Unternehmern, die Beisitzer zu den Rentenausschüssen, zum Verwaltungsrate, den Schieds-gerichten und Oberschiedsgerichten von den Vertrauens-männern, die nichtbeamteten Mitglieder des Direktoriums dagegen von den Mitgliedern des Verwaltungsrats ge-wählt. Für alle diese Wahlen gilt die Verhältniswahl. Mit Rücksicht auf das komplizierte Wahlverfahren gilt es für die Versicherten, als Urwähler bei den Ausschuss-wahlen der Krankenkassen und für die Angestellten bei der Wahl der Vertrauensmänner auf dem Posten zu sein.

Da der Ausfall dieser Wahlen für die Arbeiterschaft durchaus wichtig ist, gilt es für die Gewerkschaften, schon jetzt die nötigen Vorbereitungen zu treffen, damit bei Aus-schreibung der Wahlen überall der richtige Mann an den richtigen Platz gestellt werden kann. Nicht allein die Um-gestaltung des Arbeitsrechts, sondern auch die der Sozial-gesetzgebung steht bevor. Hinzu kommt die Schaffung von Arbeitsgerichten und deren eventueller Anschluß an die Gewerbegerichte. Weiter ist im Reichsarbeitsministerium der Geleitwurf einer Schlichtungsordnung ausgearbeitet worden. Auch hier sind Laienbeisitzer für die Rechts-sprechung mit vorgesehen. Die Wahrnehmung der Rechte der Versicherten bei den Versicherungsträgern, das weite Gebiet der Rechtsprechung bei den Gewerbe- und Kauf-mannsgerichten, den Schlichtungsausschüssen sowie bei der Sozialgesetzgebung wird von dem Ausfalle der erwählten Wahlen wesentlich beeinflusst. Es liegt deshalb, wie bereits eingangs bemerkt, mit im eignen Interesse der Ge-werkschaften, überall tüchtige, mit dem gewerblichen und sozialen Recht vertraute Vertreter in Vorschlag zu bringen, die mit dem nötigen Takt und Geschick die Interessen der Arbeiter wahrzunehmen verstehen.

Hamburg. M. Gildenberg.

□ □ □ □ Rundschau □ □ □ □

Nachnamenswerke Beispiele. In Wien gewählten die „Wiener Zeitung“ (C. O. M. B. S.) sowie das „Wiener Tageblatt“ (Dr. Bandau) ihrem Personal eine außerordentlich strenge Zulage von wöchentlich 15 Mk., außerdem an Verdienste für jedes Familienmitglied 1 Mk. pro Tag. — In Überlingen zahlte die Firma „Prekverlein Überlingen A. G.“ den verheirateten Gehilfen eine etwa-mäßige Bezahlungsbefehle von je 100 Mk. in Betracht kommen vier Stellen. — Die Buchdruckerzeitung „Schwarz-weißer Tageblatt“, „Schramberger Zeitung“ und „Sachmanns-Verlag von Gustav Maier, künftliche in Schramberg (M. A. K. H. B.) bewilligten ihrem leitenden Personal eine etwa-mäßige Bezahlungsbefehle von 200 Mk. für Verkettete und 100 Mk. für Redige. — In Halle a. d. S. gewährte die Buch- und Steinbrücker Dr. A. Krumm-Seller ihrem Gesamtpersonal eine Kartellzulage in Höhe von 100 Mk.; es ist dies insofern beachtenswert, als die

Firma das Personal schon lange Zeit weit über Minimum entlohnt.

Offene Stelle für Arbeitsbeschäftigten. Ein Schwerbeschäftigter wird als Korrektor und zum Berechnen von Druckkosten nach Schneidemühl gesucht. Bewerbungen sind an das Tarifamt der Deutschen Buchdrucker, Berlin SW 48, Friedrichstraße 239, zu richten.

Befehle des Reichsarbeitsministers an das Tarifamt. Über folgende kritische Fragen: 1. Welche Schiedsinstanzen sind zuständig bei Streitigkeiten über Wiedereinstellung oder über Fortsetzung oder Erneuerung des Dienstverhältnisses? 2. Welche Anlagetrift ist im Falle der Arbeitsfortsetzung rechtsverbindlich? hat das Tarifamt eine Entscheidung des Reichsarbeitsministers eingeholt. Diese Entscheidung lautet wie folgt: 1. Die Zuständigkeit des ordentlichen Schlichtungsausschusses ist bei Streitigkeiten über Wiedereinstellung oder über Fortsetzung oder Erneuerung des Dienstverhältnisses gemäß § 22 Abs. 1 der Verordnung vom 12. Februar 1920 ausschließlich. Für diese Streitigkeiten sind demnach die Schiedsinstanzen der Tarifgemeinschaft ausgeschlossen. Gleichwohl ergebenden Schiedspräsidenten der Tarifinstanzen hätte der Demobilisierungskommissar die Verbindlichserklärung zu verlangen. 2. Die Bestimmungen des § 12 der Verordnung vom 12. Februar 1920 sind nicht zwingendes Recht. Arbeitnehmer und Arbeitgeber können also rechtskräftig vereinbaren, daß die Entlassung ohne vorherige Arbeitsfortsetzung zulässig sein soll. Sie können ferner vereinbaren, daß bei einer Arbeitsfortsetzung, die nicht unter Einhaltung der gesetzlichen oder vertraglichen Kündigungsfrist angeündigt ist, vom Beginne der Arbeitsfortsetzung an nur das der vorherigen Arbeitszeit entsprechende Entgelt zu zahlen ist. Die Abmachungen der Tarifgemeinschaft der Deutschen Buchdrucker über Ankündigungsgeld und Lohnzahlung bei Arbeitsfortsetzung halte ich daher für rechtsverbindlich. — Des weiteren ist dem Tarifamt auf die Eingaben an den Reichsarbeitsminister vom 10. Juli, 11. August und 27. September 1920, betreffend angeblich gefehlwidrige Bestimmungen in der Beurlaubungsordnung, in den letzten Tagen folgender Befehl zugegangen: „Zu meinem Bedauern bin ich nicht in der Lage, mit der von Ihnen gewünschten Beschleunigung zu der Beurlaubungsordnung Stellung zu nehmen. Um ein einheitliches Vorgehen derjenigen Behörden zu erzielen, in deren Arbeitsgebiet die Angelegenheiten des Handwerkes fallen, habe ich mich sowohl mit dem Herrn Reichswirtschaftsminister als mit dem Herrn Minister für Handel und Gewerbe in Verbindung gesetzt; meine sachliche Stellungnahme muß ich mir vorbehalten, bis die Beurlaubungsordnung auch durch diese Stellen geprüft sein wird.“

Freies Nachtquartier für reisende Kollegen. Reisende Kollegen erhalten in Prestar für einen Tag freie Verpflegung und Nachtquartier. Meldung im Verbandsbureau, Kupferstraße 7.

Genehmigter Preisaufschlag für städtische Druckarbeiten. Die Stadtverordneten von Darmstadt genehmigten kürzlich die Gewährung eines Teuerungszuschlags von 1000 Proz. auf die Friedenspreise für die städtischen Druckarbeiten. Das heimische Ministerium der Finanzen hat den gleichen Teuerungszuschlag schon vor einiger Zeit bewilligt.

Städtische Betriebsverförmung. Die Stadt Altona hat im Januar d. J. ein eignes Beschleunigungsamt eingerichtet, das nach neueren Berichten eine recht günstige Entwicklung genommen hat. Die regelrecht nach kaufmännischen Gesichtspunkten organisierte Verfertigung großer Betriebe, insbesondere auch auswärtiger, mit Ware, die sich im freien Verkehre befindet, ist ein besonderer Zweig seiner Tätigkeit. Die Hamburg-Altonaer Werften und Metallfabriken, die Reichswerke in Kiel sowie große Betriebe in Bremen, Bremerhaven, Geestemünde, Begeleit, Flensburg, Lønden usw. gehören zu den Abnehmern. Güte und Preiswürdigkeit der Ware werden allgemein anerkannt. Möglich sind die niedrigen Preise dadurch, daß das Amt mit einem lediglich die Verkaufsposten deckenden Gewinn arbeitet. Eine größere Zahl von Schneidern findet durch die ausgedehnte Verkaufstätigkeit Erwerb.

Neue Zeitschrift für reisende Arbeiter. Der Volks-reiserverband zur Förderung und Wahrung der Interessen aller Ferien- und Erwerbslosenreisenden innerhalb der werktätigen Bevölkerung gibt eine besondere Monatschrift unter dem Titel „Der Reisegenosse“ heraus. Das Programm dieses Verbandes und das neue Organ entspricht nicht nur einem Bedürfnisse, das aus der Entwicklung der Klassenverhältnisse entstanden ist, sondern auch allgemeinen kulturhistorischen Ideen. Das erste Heft dieser neuen Zeitschrift büßt sowohl nach Inhalt wie Aus-stattung für eine großzügige Auffassung und Durchführung der in Frage kommenden Aufgaben, weshalb wir das Interesse aller reisenden Kollegen auf diese Neuererscheinung auch an dieser Stelle lenken möchten; sie liegt in den Gewerkschaftsblättern, den Ferien- und Verkehrslokalen der Gewerkschaften aus. Die Einzelnummer kostet 50 Pf., für Mitglieder des Volksreiserverbandes ist das Mit-telungsblatt frei. Verlag: Max Strömer in Neukölln.

Esperanto oder Idó? Gegenüber den an sich vor-strefflichen und beherzigenswerten Worten des Artikels „Nieder mit Babel“ in Nr. 105 des „Korr.“ werden wir darauf hingewiesen, daß die Sprache Esperanto bereits überholt sei von dem auf streng wissenschaftlicher (d. h. logischer und wirklich internationaler) Grundlage auf-gebauten „Idó“. Diese Weltsprache bedeutet die end-gültige Lösung des Problems, um das es sich hier handelt. Es wäre daher dringend zu raten, erst zu prüfen und zu vergleichen, ehe man überhaupt an das Erlernen einer Weltsprache herangeht. Man möge dann immerhin

Esperanto lernen, denn es genüge bei bescheidenen An-sprüchen. Wissenschaft und Technik allerdings brauchen ein vollkommeneres Instrument, und das sei „Idó“: eine streng logische, absolut klare und präzise, wirklich inter-nationale, lächelnstimmige Sprache, ohne weiteres zu drucken oder gar zu telegraphieren, auf jeder Schreib-maschine zu schreiben, entwickelt von einer Reihe kom-petenter Fachleute; was alles man von Esperanto nicht behaupten könnte. Auskunft durch R. Giese, Hamburg 22, von Eifen-straße 117.

Gewerkschaftliche Bestrebungen der Gemeinde-angehörigen. Auf einer Reichskonferenz der im Zentral-verbände der Angestellten organisierten Angestellten der Gemeinden und Gemeindeverbände, die kürzlich in Magde-burg lagte, wurde der Abbruch eines Reichsarbeits (Mantel-tarifs) mit dem Arbeitgeberverbände Deutscher Gemeinden und Kommunalverbände zwar nicht genehmigt abgelehnt, seine Annahme aber von dem Verhandlungsergebnis ab-hängig gemacht. Besonderer Wert wird dabei auf ein ver-bessertes Mitbestimmungsrecht gelegt. Die Konferenz stellt die baldige Schaffung einer freige-werkschaftlichen Be-amtensorganisation für dringend notwendig. Eine Zusammen-stellung in Industrieverbände wurde abgelehnt, dagegen wird ein enges Zusammenarbeiten mit den Gemeinde-arbeitern für unbedingt notwendig gehalten. Protestiert wird gegen die Veruche der Amtlichkeitsbehörden, den Ge-meinden und Gemeindeverbänden den Zellars für die An-gestellten bei Reichs- und preussischen Staatsverwaltungen aufzudrängen, um dadurch den Abbruch allseitiger Orts-tarife unmöglich zu machen. Ein Antrag auf die Schof-fung von Verwaltungsschulen für Angestellte fand An-nahme.

Bericht des Tarifamts über die Wirk-samkeit der paritätischen Arbeitsnachweise im 3. Quartal 1920

Arbeits-nachweise zu	Durchschnittlich arbeitslos pro Woche im			Vermittelt wurden im		
	Juli		Augst.	Juli		Augst.
	U. D.	S. D.	U. D.	U. D.	S. D.	U. D.
Aachen	8	2	11	4	8	5
Altenburg	11	0	13	4	12	3
Angsburg	51	8	52	4	53	9
Barmen	12	7	16	4	19	10
Be. Lu.	503	178	560	240	600	333
Bielefeld	23	4	25	6	24	10
Braunschweig	10	9	12	10	15	13
Bremen	96	23	96	18	95	17
Breslau	22	7	33	9	43	16
Chemnitz	32	6	32	5	25	4
Darmstadt	20	10	20	12	12	12
Dessau	18	7	17	7	17	9
Dortmund	15	8	16	7	13	3
Dresden	141	67	142	78	135	81
Düsseldorf	17	4	2	2	8	3
Duisburg	11	3	2	1	1	1
Erfurt	1	3	6	1	4	3
Essen	9	5	10	8	10	8
Flensburg	59	19	60	20	49	12
Frankf. a. M.	26	15	25	14	27	11
Frankf. a. O.	38	12	39	15	40	13
Freibg. i. Br.	14	10	14	9	15	4
Görlitz	51	12	56	14	59	15
Halle a. S.	10	5	12	4	5	3
Hannover	16	5	12	4	13	3
Hildesheim	4	1	5	1	4	2
Hiera	26	5	21	3	24	4
Kassel	7	6	4	5	4	3
Karlsruhe	9	7	12	8	19	10
Köln	30	8	39	11	35	11
Koblenz	13	4	28	9	29	7
Köln	19	7	12	5	7	6
Köln	68	7	61	11	60	13
Köln	28	4	34	4	45	7
Köln	6	1	6	3	5	2
Köln	18	6	19	7	24	7
Köln	157	156	80	162	159	215
Köln	8	4	10	3	11	3
Köln	74	20	77	21	88	21
Köln	22	8	26	10	23	12
Köln	4	3	10	8	6	7
Köln	118	5	113	6	122	76
Köln	6	2	13	3	11	4
Köln	60	22	76	29	84	34
Köln	26	4	30	3	32	1
Köln	40	11	42	10	43	10
Köln	1	1	1	1	2	2
Köln	5	1	9	1	11	2
Köln	22	4	34	3	39	6
Köln	87	10	103	11	104	10
Köln	127	63	120	73	131	78
Köln	4	1	4	1	4	1
Köln	38	13	31	10	32	10

Im III. Quartal 1920 2622 Echer 1 im III. Quartal 1920 1135 Drucker
 103 Maschinenseher, 43 No. reistoren, 188 Schweißherdegen,
 93 Kleinschnepper.
 Inhaber dem:
 144 Maschinenseher, 22 No. reistoren, 80 Schweißherdegen,
 94 Kleinschnepper.
 Nach den Reichsarbeitsblättern des Verbandes der Deutschen
 Buchdrucker arbeit. erste Lage an Ort und auf der Reise:
 im II. Quartal 1920: 184 926 Tage.
 Durch Maschinen- u. Verfertigung erteilten Stellung:
 577 Echer, 275 Drucker, 34 Maschinenseher, 14 No. reistoren,
 28 Schweißherdegen, 16 Kleinschnepper.
 Berlin, 12. Oktober 1920.
 J. A.: Paul Schliebs, Geschäftsführer.

Verchiedene Eingänge

„Mittelländer.“ Herausgegeben von der Zentralkommission der Eisenbahnen und Galvanoplastiker Deutschlands. Nr. 4, Ebenanter Jahrgang, Zuschriften für die „Mittelländer“ an Richard Pfeiffer, Berlin SW 48, Friedrichstraße 13.
„Die Neue Zeit.“ Wochenblatt der deutschen Sozialdemokratie. Nr. 3. 1. Band. 39. Jahrgang, Einzelheft 1 M., vierteljährlich 3 M., Verlag von J. W. Neudruck, in Stuttgart.
„Sozialistischer Echo.“ Wochenblatt des Verbandes sozialistischer Lehrer und Lehrerbinnen Deutschlands und Deutsch-Ostpreußens. Nr. 29. 1. Jahrgang, Bezugspreis vierteljährlich 9, 60 M., ohne Postgebühren. Verlag „Der Sturm“, Berlin W 9, Potsdamer Straße 134 A.
„Der Stern.“ Sozialistische Rundschau über das politische, wirtschaftliche und kulturelle Leben. Einzelheft halbmännlich, Heft 2. 2. Jahrgang, Stern-Verlag, Berlin W 57, Vierteljährlich (6 Hefte) 5,50 M., Einzelheft 1 M.
„Die Glöckchen.“ Sozialistische Halbmonatsschrift. Herausgegeben von Harms. Nr. 2. 6. Jahrgang, 2. Band, Nummer 1, 50 M., Verlag für Sozialistische Kultur, G. m. b. H., Berlin SW 68.
„Arbeiterzeitung.“ Organ der Arbeitervereine. Einzelheft am 5. und 20. jeden Monats, Nr. 18. 19. 3. Jahrgang, 1920, Jahresbezug 10 M., Einzelheft 50 Pf., Verlag G. Harms, G. m. b. H., Berlin SW 48, Friedrichstraße 16.
„Der Arbeiter.“ Organ der Arbeiter- und Betriebsräte Deutschlands. Schriftleitung: C. Dammig, Heft 4, 2. Jahrgang, Einzelheft 1 M., Verlag „Arbeiter“, Berlin C 25, Mühlstr. 24.
„Jahresbericht des Arbeiterrats Groß-Somburg.“ Geschäftsbericht 1919/20. Selbstverlag des Arbeiterrats Groß-Somburg, Somburg, Große Theaterstraße 44.

Gestorben

In Berlin am 31. August der Seher Fritz Falcke aus Berlin, 53 Jahre alt - Darmoperation; am 6. September der Seher Sa n Stanhauer aus Jülich, 57 Jahre alt - Übererregung; am 17. September der Seher Bernhard Weigel aus Mühlh. 36 Jahre alt - Lungentuberkulose; am 15. September der Seher Otto Pefschelle aus Barlensein, 21 Jahre alt - Lungentuberkulose; am selben Tage der Bruder Werner Bode aus Berlin, 19 Jahre alt - Tod durch Erstickung; am 25. September der Seher Karl Wernicke aus Wahrensdorf, 58 Jahre alt - Magenkrebs, In Wahrensdorf a. Rh. am 10. Oktober der Seher August Groß, 36 Jahre alt.
In Danzig am 1. Oktober der Korrektor Johann Richter, 69 Jahre alt.
In Dortmund am 18. Oktober der Drucker Johannes Dichtau von dort, 35 Jahre alt - Herzschlag.
In Duisburg am 23. September der Buchdruckerbesitzer Karl Ränge.
In Hamburg am 8. Oktober der Seher Otto Scharrenberg aus Mühlh., 55 Jahre alt.
In Alet am 15. Oktober der Parteisekretär Oskar Fröhlich aus Oberdorf i. Sa., 55 Jahre alt.
In Amlingberg i. Pr. der Seher Paul Wien von dort, 20 Jahre alt - Lungenerkrankung; am 26. September der Seher Richard Labudde aus Amlingberg, 44 1/2 Jahre alt - Nervenleiden; am 10. Oktober der Bruder Hugo Scheller aus Neujah-Scheer, 51 Jahre alt - Leberleiden.
In Amsdorf der Buchdruckerbesitzer Oskar Kessel.
In Leipzig am 19. Oktober der Seher Alfred Kiepel aus Leipzig-Lindenau, 25 Jahre alt - Lungentuberkulose; am 20. Oktober der Seher Wilhelm Dajny aus Brandenburg, 50 Jahre alt - Lungenerkrankung; am 21. Oktober der Maschinenleger Heinrich Gottschalk aus Ophra, 52 Jahre alt - Beinverletzung.
In Chemnitz am 13. Oktober der Seher Ernst Gröning, 57 Jahre alt.
In Münster i. W. am 12. Oktober der Seher Anton Schulte, 21 Jahre alt - Lungenerkrankung.
In Galgathen am 15. Oktober der Drucker Karl Gottwein aus Schullarg, 67 Jahre alt - Nervenleiden.
In Steinhilber am 12. Oktober der Maschinenleger Otto Prochnow, 29 Jahre alt - Anginalfall.

In Stuttgart am 18. Oktober der Seher Christlich Koser aus Kirchheim-Teck, 61 Jahre alt - Nervenleiden.
In Arter der Buchdruckerbesitzer Nikolaus Groß.

Briefkasten

Ph. S. in Arefels: Ihre Bereitschaft bleibt in jeder Beziehung unerschütterlich. Der Korrespondenzteil ist doch nicht nur für Ihren Ort da. Den am 16. Oktober hier eingegangenen Verbandsberichtsbericht brauchen wir in Rücksicht auf die Kartierhandlungen bereits am 28. Oktober zur Veröffentlichung. Daß bei Vorstandswahlen in Verbandsmitgliedern nur die Namen des Vorstands und des Kassierers genannt werden beruht auf langjähriger Brauch. Es geht nicht lediglich um Raum zu ersparen. Sineswegs darf in der Erörterung des Namens des Schriftführers oder anderer Vorstandsmitglieder eine Zurückhaltung oder gar Mißachtung erdacht werden. - In W. in Schweidnitz: Gemauertes Material über die genannten drei Kollegen bleibt ungenutzt nicht zur Verfügung. Welche die fragen Sie später noch einmal nach. - M. D. in Offen: In Nr. 12, wie Sie inzwischen wohl bemerkt haben dürften, - L. Sch. in Tondern: Stellen Dank für Unterstützung. Wird demnächst unter „Ausland“ erscheinen. - W. S. in Münster: Ihre früheren durch den Krieg unterbrochenen Verbindungen mit Argentinien konnten wir leider noch nicht wieder anknüpfen, so daß wir über die neuere gemeinsame Entwicklung in jenem Lande nicht mehr im Bilde sind. Will alle Fälle raten wir zur größten Vorsicht bei Annahme eines Engagements. Gewissenhafte und kollektive Vorkunft erteilen die Verbandsstellen des Deutschen Reichsbundes für Argentinien in Buenos-Aires. Galle San Martin 439, und des Deutschen Vereins zum Schutze germanischer Einwanderer, ebendasselbst, Calle San Martin 450. Diese Verbandsstellen stellen sich vor allem zur Aufgabe, den Einwanderer vor Ausbeutung zu schützen und den Arbeitsvertrag zu überwaehen. - M. M. in Osnabrück: In G.: Wird aufgenommen. - A. W. in M.: Dank für Zusendung, die Abführung in den „Münzler Volkszeitung“ trifft das Richtige, weshalb wir den „Christlichen Demagogen“ ebenfalls lauten lassen. - J. W. in H.: Soll berücksichtigt werden. - W. G. in D.: Wird aufgenommen. - J. G. in W.: - G. W. in Witten: 1. Buchbinderzeitung, Berlin S 59, Ardenstraße 83 I. 2. Brautliche Verlobung wurde nicht gebracht; [rd. Gruß] - S. M. in Dresden: 3,50 M. - P. G. in Ologau: 7 M.

Tarifamt der Deutschen Buchdrucker
Berlin SW 43, Friedrichstraße 239
Briefadresse: z. B. des Geschäftsführers Herrn Paul Schliebs

Gebenndes Jahrgang Nachtrag
zum Verzeichnisse der den Tarif anerkennenden Firmen vom 30. April 1914.

(Die nachstehenden Firmen haben um Aufnahme in die Tarifgemeinschaft nachgeholt. Falls nicht innerhalb der Wochen vom Tage der Veröffentlichung an begründete Proteste gegen die Aufnahme derselben beim Tarifamt einlaufen, gelten die Firmen als aufgenommen.)
I. Kreis. Bab Lauterberg (Hartz): Giesecke, Karl. - Nordhorn (Hann.): Pösters, Engelkef. - Osnabrück: „Osnabrücker Tageszeitung“, G. m. b. H.; „Osnabrücker Volkszeitung“ („L. Tromm“) - Sarstedt: Menerche Buchdrucker.
II. Kreis. Birkenfeld: Enne, Hugo. - Düsseldorf: Tommers, Hugo. - Duisburg: Ruhrort: Kolb & Kleinagel. - M. Gladbach: Wein & Zimmer. - Köln: Rothenbaum, Gebr. - Opladen: „Odenfelder Zeitung“, Müller & Co.
III. Kreis. Darmstadt: Sierich, Anton. - Nachh. Georg Rausfeld. - Frankfurt a. M.: Fahr, Ludwig. - Hüh. (Wetterwald): Westermann-Druckerei (Ernst Salonge). - Offenbach a. M.: Schrammiche Nach- und Farbenfabriken, Akt. Ges.
IV. Kreis. Erlangen: Mape, Gebr.
V. Kreis. Erlangen: Müller, Karl. - Mainleus: Gut, Konrad.
VI. Kreis. Gangerhausen: Buchdruckerei Engelke. - Schmölln (S.-M.): Henner, Bruno. - Sonneberg i. Th.: Schultins, Emil. - Stendal: Eshob, Paul.
VII. Kreis. Chemnitz: Röhding, Johannes. - Dresden: Dresdener Süddeutsche Buch- (Coulse verw. Saale). - Leipzig: Buchdruckerei Bormann & Co.
VIII. Kreis. Berlin: Dominikanerfloher; Ferdinand, Paul; Kuhn, Max; Mantraß, Karl. - Berlin-Wiedersehenewide: Wiffa, Fritz.
IX. Kreis. Hamburg: „Hamburger Volkszeitung“, G. m. b. H. - Kiel: Rathmann, G.
X. Kreis. Glinde: „Niederlausitzer Anzeiger“ (Richard Eipenhahn).

Mit dem Verzeichnisse der tarifstreuen Buchdruckerelien wurden gefricht die Firmen:
Kreis II: Joseph Böhmcke und M. W. Dännes Nachf. in Leipzig.

Verbandsnachrichten
Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chamslopfak 5 II.
Sprechsprecher: Wirt Kurlfürst, Nr. 1191.

Adressenveränderungen
Wroclaw. Vorsitzender: Karl Gröndler, Bahnhofstraße 64 II.; Kassierer: Otto Scheller, Sebalstanstraße.
Rechtlinghausen. Vorsitzender: Richard Bledner, Rechtlinghausen-DR, Suderwicher Straße 23 II.

Zur Aufnahme gemeldet
(Einwendungen innerhalb 14 Tagen an die beigefügten Adressen):
Im Gau Bayern der Seher Karl Burteln, geb. in Ostwind 1891, ausgel. in Frankfurt a. M.; war noch nicht Mitglied. - Hans Kemmerich in München, Holzstraße 24 I.

Veranstaltungskalender
Ersatz. Bezirksversammlung Mittwoch, den 17. November (Zusatz), vormittags 10 Uhr, im Stadthauscaale, Kasinostraße 12. Tagesordnung geht den Mitgliedern durch Zitrusheute zu.

Bekanntmachungen

Schiedsgerichte befreit
Bremen. Prinzipalbesitzer: Karl Schierenbeck, i. Va. Karl Schierenbeck, Neuenstraße 7, erster Vorsitzender: Albert Wilhems, i. Va. Albert Wilhems, ameller Berghofen; Georg Seelig, i. Va. Heinrich Frese, Schriftführer: Johann Schilling, Produzent der Firma Karl Schünemann, Hermann Reinhardt, Produzent der Bremer Zeitungs-Ges. m. b. H., Beiführer.
Dresden. Beisitzerwahl: Alwin Freilag, Maßlindenstraße 7, Vorsitzender: Gustav Gieseler, Richard Wehse, Oskar Pahlig, Paul Reinhold, Mitglieder bzw. Stellvertreter.
Köln. Beisitzervorstand: Ferdinand Linden, Adm. Appes, Merheimer Straße 179.
Regensburg. Prinzipalvorsitzender: Joseph Amüller; Beiführer: Anton R. Puffel.
Berlin, 12. Oktober 1920.
G. U.: Paul Schliebs, Geschäftsführer. (Klerger eine Beilage.)

Graphische Vereinigung Dresden

Unsre Begehänge in
Schriftschreibern u. Skizzieren u. in Deutsch
beginnen am 1. November pünktlich abends 7 Uhr in der 20. Volkshochschule, Föllnerplatz, 2. Stock, Zimmer 50 und 58. Teilnehmer können sich noch in den Unterrichtsräumen melden bei den Lehrern Kollegen Lorenz und Richter. [399]

Wir suchen zum sofortigen Eintritt einen auf dem gesamten Druckgebiete, insbesondere im Illustrations- und Mehrfarbendruck durchaus erfahrenen 1402

Übermaschinenmeister

Herren, die hierin gute Erfolge nachzuweisen vermögen und befähigt sind, dem Personal mit Takt und Energie vorzugehen, werden um Angebote gebeten.
Ferner suchen wir gleichfalls zum sofortigen Eintritt einen jüngeren tüchtigen Buchdruckermeister (gelernter Seher) als

Kalkulationsbeamten

und für Stundenbesuch. Herren mit gewandten Umgangsformen, welche mit den tariflichen Bedingungen bestens vertraut sind und gute Fach- und Papierkenntnisse besitzen, wollen ausführliche Angebote einreichen.
Buchdruckerei Otto Regel, G. m. b. H., Leipzig, Lange Straße 22.

Schriftsetzer

Zum sofortigen Eintritt tüchtiger, strebsamer [401]

Perfekte russische Maschinensetzer

für Linotype und Typograph B und russische Sandsetzer zum sofortigen Eintritt gesucht.
Mitteln & Co., Berlin SW 68, Kochstraße 23/25.

In der Redaktion

einer mehrteiligen Zeitschrift oder arbeiterfreundlichen Zeitung möchte ich unger. freierem Setzungs- und Korrekturenarbeiten einbringen. Würde eventuell auch gelegentlich in technischen Arbeiten oder Expedition ausfallen. Ausw. Briefe, Erlaubnisse unter Nr. 407 an die Geschäftsstelle, S. 21, erbeten.

Monotypsetzer
Leibhaftig arbeitend, gewissenhaft und langjährig bewährt, für bald nach Leipzig gesucht. Zuschriften unter Nr. 353 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Typographsetzer!
Gummischläuche zur Wasserhähmung. Franz Mühlh., Stuttgart-Gat.-burg.
Maschinenband
Friedensqualität, liefern [349]
Reimer & Woll, [349]
Düsseldorf, Graf-Adolf-Straße 112.
St. Buchdruck. m. Ladengesch.
45 Mühlh. in Mühlh. verli. Angeb. unter Nr. 411 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Berliner Korrekturenverein

Sonntag, den 7. November, pünktlich vormittags 10 Uhr, im „Graphischen Vereinslokal“, Alexanderstraße 44:
Verammlung
Tagesordnung: 1. Neuaufnahmen. 2. Vereinsmitteilungen. 3. Zur tariflichen Lage 4. Verchiedenes. [406]
Zahlreichen Besuch erwartet.
Der Vorstand.

Empfehle meinen Rauchtobak

(Mittelqualität) in drei Sorten: Marke „Juni“ 25 M., „Gode“ 25 M., und „Munich“ 27,50 M., pro 100 Stk., ab 5 Pf. Franko.
Zigarillos
Nachnahme; desgleichen
zu 32, 35, 40 und 45 M., pro 100 Stk. -
Samburger Stempel 50 M., p. 100 Stk.

Tabakverwand Donius

München, Schwanthaler Straße 63.
Postenpresse
17x25, sauber druckend, sehr gut erhalten, sowie 4 kleine Antiquitäten verkauft [412]
G. Eiser, Leipzig-Do.

Bergebe den Vertrieb

eines patentierten bill. Gebrauchsartikels, Müller u. A. in Leipzig gegen 2,50 M. M. Frischel, Leipzig-Gis., Arnoldstr. 9.

Verbandsmonument

„Von den während der „Buna“ 1914 herausgegebenen Postkarten mit dem Verbandsmonument
ist noch ein kleiner Posten zum Preise von 15 Pf. für zwei Stück (Grün- und Weißdruck) abzugeben. Porto extra (bis zu 10 Stück 10 Pf.).
Gegen Voreinsendung des Betrags auf unser Postkassenkonto, Leipzig Nr. 61328, zu beliehen von
Der Geschäftsstelle des „Sorr.“.

SeherInnen

gestreift Friedensqualität
100 110 120 130 cm lang
105 107 109 111 Mm.
Druckerranzige
in guter, schwerer Qualität
Gr. 44 u. 46 48 u. 50 52 u. 54
Mm. 100 105 108
H. Höner, [408]
Sofort am bei Affel.

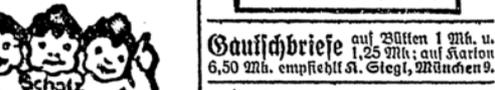
Einzahlungen an den Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker
auf Postkassenkonto Leipzig Nr. 61328

Graphische Fachklassen

Antwurf und Werkstatt-Ausbildung. Aufnahme durch die Barmen. Kunstgewerbeschule

Bildungsausschuss Leipziger Buchdrucker

Die Fällung durch die Jahresausstellung am 14. November muß wegen Abreise des Führers ausfallen. Die beigefügten ausgegebenen Karten haben auch am 30. (4) und 31. Oktober (10-11) Gültigkeit.
Der Ausschuss.



Quell = Raster = Schab-Verfahren

Beim Quadratmeter
3200 Mark Erparnis
gegenüber ein. Quadratmeter Zinkätzung. 4 Deutsche Reichsmark u. Auslands-Valente.
Verlangen Sie sofort die kosten erhellene, reich illust. Broschüre von der Schab-Druckerei, Dresden, Schreiberstr. 5.
Preis 10 M.
Nuzen f. Druckereien, Städte, Propaganden oder Escalen werden vergeben. Auslandsvertreter sofort gesucht. Abzüge von Mischtee aus D. Pragis nach D. neuen Schab-Verfahren. 2. A. B. Verlangen gegen Einzahlung d. 5 Mm. auf Postkassenkonto Leipzig Nr. 61143 oder gegen Nachnahme.

Teilzahlung

Photo-Apparate aller Art. Photogr. Artikel. Kataloge umsonst u. portofrei.
J. Nass & Co., Berlin P. 407
Bolte-Allianco-Str. 7-10.

Gaußbriefe

auf Blättern 1 M., u. 1,25 M.; auf Karton 6,50 M. empfiehlt A. Eiert, München 9.

Richard Kühne

aus Halberstadt, im 39. Lebensjahr. Ein edler Charakter, der sich stets in den Dienst der Sache stellt, ist mit dem baldigen Tode. Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten.
Ortsverein Quersiedlung.

Emil Schulz

im Ologau, im Alter von 43 Jahren. Ein ehrenwertes Andenken wird ihm bewahrt
Der Bezirksverein Ologau.

Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Einzelnummern 20 Pfennig das Exemplar. Der Betrag ist bei Bestellung gleich mitzuführen.

Beilage zu Nr. 123. — Leipzig, den 30. Oktober 1920

Redaktionschluss: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend früh zur jeweilig nächsten Nummer.

□ □ □ □ Korrespondenzen □ □ □ □

Bamberg. Nachdem der hiesige Maschinenmeisterklub bereits seit Februar die Infolge des Krieges ruhende Tätigkeit wieder in vollem Maße in Angriff genommen hat, veranstaltete selbiger am 26. September eine kleine Druckausstellung, verbunden mit zwei anschließenden technischen Vorträgen, die vom Bezirksvorsitzenden Steinmetz und Kollegen Wimmerlein (Nürnberg) in dankenswerter Weise übernommen worden waren. Vortragender Neumeister begrüßte die sehr zahlreiche Erscheinenden, insbesondere die beiden Nürnberger Kollegen sowie die auch in ständiger Zahl erschienenen Seherkollegen. Als erster gab Kollege Steinmetz einen kurzen, sachlichen Überblick über den letzten Maschinenmeisterkongress, dem sich dann der Vortrag „Die technische Entwicklung unserer Druckpressen“ vom Kollegen Wimmerlein anschloß. Als zweiter Vortrag gelangte dann „Die technische Entwicklung der Rotation“ vom Kollegen Steinmetz zur Gehör. Beiden Vorträgen wurde vollstes Interesse entgegengebracht, wofür Kollege Neumeister den Dank aller zum Ausdruck brachte. Nicht unerwähnt soll bleiben, daß vor der Versammlung eine kurze Besichtigung der neuangestellten achtfelligen „Pompa“ in der „Volksblatt“-Druckerei stattfand. Auch an dieser Stelle ließ dem Besizer, Herrn Dr. Kitzel, für das freundliche Entgegenkommen gedankt. Alles in allem, die wenigen Stunden boten genug des Wissenswerten.

Berlin. Sein goldenes Berufsjubiläum kann am 31. Oktober Kollege Robert Mergner in der Buchdruckerei von Pab & Warleb hier begehen.

Berlin. In der am 1. Oktober abgehaltenen Generalversammlung des Gauvereins gab Vorsitzender Massini zunächst einen Situationsbericht. Er mußte dabei feststellen, daß seit der letzten Generalversammlung keine Besserung in der Beschäftigung eingetreten sei, vielmehr nunmehr auch in großen Druckereien das Verkümmern der Arbeiter in großem Maße greife. Ende September waren im Berliner Gau von 13180 Mitgliedern 940 arbeitslos und 310 krank. In den Jahren 1913 und 1914 ließ zwar annähernd die gleiche Zahl Arbeitsloser zu verzeichnen gewesen, doch seien die Arbeitslosen unter den jetzigen schwierigen Lebensverhältnissen viel mehr als damals. Die Gauvorstandskongress habe deshalb versucht, den Arbeitslosen ihr Los zu erleichtern durch Einführung eines Extrabeitrags und einer daraus zu bestreitenden Sonderunterstützung. Unter Hinzurechnung der vom Berliner Gau gewährten Extrarückstellungen betrug die Arbeitslosenunterstützung zur Zeit nach Leistung von 1—5 Beiträgen 20 Mk., bei 6—51 Beiträgen 34 Mk., bei 52—149 Beiträgen 51,50 Mk., bei 150—499 Beiträgen 55 Mk. und bei über 500 Beiträgen 58,50 Mk. wöchentlich. Weiter hob Massini die Stellungnahme der Gauvorstandskongress zur Opposition hervor und bemerkte dazu, daß unsere wirtschaftlichen Verhältnisse den engsten Zusammenschluß der Gewerkschaft erheischen. Wir können uns nicht den Luxus gestatten, unsere Kräfte zu zersplittern, während das Unternehmertum einzig zusammenstehe. In eingehender Weise besprach Redner ferner die Beratungen der Gauvorstandskongress über die für die Tarifberatung zu stellenden Anträge. Die Ausführungen wurden von der Versammlung zustimmend aufgenommen. Der nächste Tagesordnungspunkt betraf die Beschlußfassung über Weiterzahlung der Extrabeiträge zur Unterstützung der Arbeitslosen. Zur Zeit zahlen 9060 Kollegen einen wöchentlichen Extrabeitrag von 2 Mk. und 2205 Kollegen (bei über 300 Mk. Wochenverdienst) einen Extrabeitrag von 5 Mk. Die Einnahmen aus diesen Extrabeiträgen sowie aus der Besteuerung der Überstunden mit 50 Proz. betragen in den verfloßenen elf Wochen 324150 Mk. Davon wurden an die Arbeitslosen bisher 239540 Mk. ausgezahlt. Der verbleibende Bestand dürfte in absehbarer Zeit aufgebraucht sein, da durch die Erhebung des Extrabeitrags von 1 Mk. für die Verbandskasse die Einnahmen für die Gaukasse entsprechend sinken werden. Infolgedessen dürfte bei der Wegfall der monatlichen Unterstützungen von 50 Mk. notwendig werden, die jedoch durch die nunmehr vom Verband gewährte Extrarückstellungen von 14 Mk. wöchentlich ausgeglichen würden. Im Einklang mit den Beschlüssen der meisten letzten Bezirksversammlungen empfahl der Gauvorstand die Weiterzahlung der Extrabeiträge von 2 und 5 Mk. Die Ausführung von 50 Proz. aus Überstundenverdiensten erluchte Massini abzuzeichnen, weil diese Maßnahme sehr vielen Arbeiter unter den Kollegen und mit dem Vorstande mit sich bringen und das Ergebnis dem gewollten Zweck nicht entspreche. Nach längerer lebhafter Debatte, in der die Frage der Arbeitslosigkeit sowie die Unterstützung der Arbeitslosen eingehend besprochen wurden, beschloß die Generalversammlung einstimmig die Weiterzahlung der Extrabeiträge von 2 und 5 Mk. einschließlich der Extrarücksteuer von 1 Mk. für die Verbandskasse. Wegen wichtiger Stimmen wurde auch die Abführung von 50 Proz. aus Überstundenverdiensten erneut beschloßen. Eine Veranlassung der arbeitslosen Buchdrucker hatte vom Gauvorstande die Einberufung einer allgemeinen Buchdrucker-Veramm-

lung verlangt, welche sich „mit der Produktions Einschränkung und der dadurch entfallenden großen Arbeitslosigkeit“ beschäftigen sollte. Der Gauvorstand hat die Einberufung als zwecklos erachtet und die Generalversammlung lehnte nach kurzer Aussprache den gleichen Antrag ebenfalls ab.

Berlin. (Maschinenmeister. — Vierteljahrsbericht.) Im Juli fand die Generalversammlung statt, die jedoch besetzt war. Eine längere Aussprache geistigte das tarifwichtige Vorgehen der Firma S. S. Hermann betreffs der Beschäftigung einer 32teiligen Rotationsmaschine mit einem Maschinenmeister. Für den ausgeschiedenen Kollegen Fischer wurde Kollege Alfred Schulze in die Zentralkommission gewählt. Nach erfolgten Ersatzwahlen für den Vereinsvorstand wurden u. a. in den Kreisvorstand gewählt als Vorsitzender Kollege Uebe und als Kassierer Kollege Daggel. Der monatliche Beitrag wurde auf 1 Mk. ab 1. September festgelegt, da der wöchentliche Beitrag aus verschiedenen Gründen nicht in neuen Geschäftsjahre durchführbar ist. — In der Augustversammlung wurde über den vielumstrittenen § 79 des Statuts lebhaft debattiert. Die Dehnbarkeit des Paragraphen soll in einer Zusammenkunft von Funktionären durch eine präzise Fassung, die jede verschiedene Auslegung unmöglich macht, beseitigt werden. Kollege Uebe besprach alsdann die vom Gau zur Tarifrevision gestellten Anträge und wünschte, daß sie volle Würdigung und Annahme finden mögen. — Im kommenden Winterhalbjahr veranstaltet der Verein in mehreren Klassen die üblichen Ausbildungskurse, dessen Programm in der Septemberversammlung bekanntgegeben wurde. Vorsitzender Uebe schilderte die Schwierigkeiten des geplanten Apparaturkurses. Während uns bei diesen idealen Bestrebungen einige Firmen durch Bereitstellung von Maschinen die notwendige Unterstützung zuteil werden lassen, stellen sich schon des öfteren, trotz Vorhandenseins von Lehrkräften aus dem eigenen Personal, die Firmen S. S. Hermann, Elsner und Müller & Sohn auf ablehnenden Standpunkt. Dieses kleinliche Verhalten wurde von der Versammlung als das schärfste verurteilt. Durch einen Vortrag des Reichsarbeitsministerialrats a. D. Wiffel über „Planwirtschaft“, der von den Versammelten mit lebhaftem Beifall aufgenommen wurde, war der Abend besonders interessant und lehrreich. Zu erwähnen ist noch der Beifall, wonach künftig bei Besichtigungen in der vorher stattfindenden Versammlung Teilnahmekarten auszugeben werden. Durch diese Maßnahme werden die regelmäßigen Schwänzer getrossen und der Kreis der Besichtigenden verringert, was bei der Mitgliederzahl von 2000 unbedingt notwendig ist.

Berlin. (Brandenburgischer Maschinenlehreverein.) In der Quartalsversammlung am 3. Oktober empfahl Kollege Braun die Teilnahme an den Kurien der Typographischen Vereinigung. Gleichzeitig stellte er mit, daß die technischen Kurse für alle Systeme wieder beginnen. Auf unsere Stillschließens-Ausschreibung sind 72 Entwürfe eingegangen. Die Kollegen, die sich beschränken fühlen, können sich in einigen hiesigen Krankenhäusern untersuchen lassen. Nachdem der Vorsitzende sich des längeren mit der kommenden Tarifauschließung beschäftigt, empfahl er folgende Entschliebung: „Obwohl überzeugt, daß die Gehilfenverträge alles daransetzen werden, Verschlechterungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen der Allgemeinheit der Gehilfenchaft wie der Maschinenlehre im Besonderen zu verhindern, eruchen die Maschinenlehre die Gehilfenverträge hierdurch trotzdem nochmals dringend, jede Verschlechterung der 25 Proz. der Maschinenlehre mit allen Mitteln zu verhindern und energisch für die tarifliche halbständige Verkürzung der Arbeitszeit der Maschinenlehre einzutreten zu wollen.“ Die folgenden Redner sprachen im Sinne der Resolution, die auch dann einstimmig gutgeheißen wurde. Scharles Anworten löste die Mitteilung aus, wonach der Vertreter Friedrich von der Typographischen Fabrik auf seinen Reisen sich bei den Seheren erkundigt hat, wie hoch die Leistungen sind, ob berechnete wird usw. Die Kollegen werden ersucht, solchen Herrn die gebührende Antwort zu geben. Der hierauf vom Kassierer gegebene Kassenbericht über das letzte Halbjahr ergibt unter Hinzurechnung des Bestandes vom 31. März eine Einnahme von 7138,61 Mk. An Ausgaben waren 6050,85 Mk. zu verzeichnen, so daß am 15. September 2087,76 Mk. vorhanden waren. Zur Aufnahme meldeten sich neun Kollegen. Nächste Versammlung am 7. November.

Bonn. Am 1. November kann unter Kollege Johann Munn auf eine 50jährige Berufstätigkeit zurückblicken. In seinem Geburtsortlichen Bad Dürkheim trat er am 1. November 1870 in die Lehre, konditionierte später in Saarbrücken, Saarlouis, Kaiserslautern, Frankfurt a. M., Korbbrunn, Sagen, Worms und seit 1910 in Bonn, wo er bei der Firma Emil Ciesle als technischer Leiter der Seherlei tätig ist. In der Organisation trat er während des Neunkundenkampfes als Tarifkommissionsmitglied und nach demselben als Bezirksvorsteher in Frankfurt a. M. sowie früher schon als Schriftführer der Buchdruckerunterstützungskasse hervor. Aber auch als Kollege und Mensch hat er sich vornehmlich durch seinen unermüdeten Sumar viel Sympathie erworben. Orts- und Bezirksverein Bonn entsenden dem Jubilar die herzlichsten Glückwünsche!

Breslau. Nach Erledigung zweier Aufnahmen und Vollzug des Ausschlusses eines Mitgliedes nahm die auf belächelte Mitgliederversammlung am 24. September einen Vortrag des Parteisekretärs Mache entgegen über: „Wie sehen wir uns aus der Wirtschaftskrise der Gegenwart?“ Redner erläuterte die Ursachen der jetzigen verworrenen Zustände, beleuchtete eingehend die neueren Maßnahmen der Regierung und forderte dazu auf, vor allem die politische Macht der Arbeiter zu fördern, damit voller Einfluß auf die Gestaltung der Preise erlangt werde. Zur Milderung der Arbeitslosigkeit ist der hiesige Bezirksvorstand in Verbindung mit dem Gauvorstand und dem Ortsoblichen Komitee auf die hiesige Prinzipalität herangetreten zwecks gemeinschaftlicher Aufklärung des Publikums, daß infolge der Senkung der Papierpreise die Druckpreise herabgesetzt werden könnten und das Publikum nicht weiter die Druckaufträge zurücklassen möchte. Eine Antwort von den Prinzipalen ist bis jetzt noch nicht eingegangen! Da der bisher geleistete Extrabeitrag von 1 Mk. zur Unterstützung der Arbeitslosen und Invaliden durch Beschluß der Gauvorstandskongress an die Verbandskasse übergeben, beschloß die Versammlung einstimmig die weitere Erhebung eines Extrabeitrags von 50 Pf. von allen Vollarbeitern zur ferneren Unterstützung der Invaliden. Dadurch sollen diese unter Zuhilfenahme des Bestandes des Wohlfühlheilsfonds monatlich 60 Mk. Extrarückstellungen erhalten, um, wie in der Versammlung ausgeführt wurde, auch denjenigen, welchen wir den letzten Bau unserer Organisation verdanken, die Erlösung zu ermöglichen. — Am 8. Oktober wurde unsere Lehrlingsabteilung feierlich aus der Taufe gehoben. Im kleinen Saale des „Gewerkschaftshauses“ hatten sich die Lehrlinge Breslaus (der Organisation haben sich auf zwei Ausnahmen sämtliche Lehrlinge angeschlossen, an Zahl 150, mit den Bezirksorten 200), zum Teil mit ihren Eltern, sowie eine stattliche Anzahl Kollegen eingefunden. Nach begrüßenden Worten unseres Vorsitzenden brachte der Gelangereinte „Gutenbergs“ die Gutenberghymne zur Gehör. Gauvorsteher Fiedler hielt die Rede, in welcher er die Ziele der neuen Organisation behandelte, während Lehrer Schullies von der Handwerkerhochschule auf den Wert der beruflichen Fortbildung der „Jungmannen“ und auf die Bedeutung der Typographischen Gesellschaften sowie auch des „Jungbuchdruckers“ hinwies. Kollege Berndt forderte zu gesunder Sportbetätigung auf. Kollege Härtel erntete durch einige prächtige Violoncellis reichen Beifall, während der Verein „Gutenbergs“ noch durch einige weitere Lieder zur Verschönerung der Feier beitrug. Nachdem der neue Vorstand gewählt war, wies unser Vorsitzender Sporn noch darauf hin, was die Nürnberger Generalversammlung zur Gründung der Lehrlingsorganisation bewogen hat, und übergab diese dem gewählten Vorstande mit einem Hoch auf die neue Organisation und den Verband. Die Versammlung war mit einer Druckausstellung verbunden.

Darmstadt. Am 27. September fand im „Gewerkschaftshaus“ eine Bezirksversammlung statt, zu welcher unser Gauvorsteher Conrad erschienen war, um über die Gauvorsteherkongress zu berichten. Er verstand in seinem ausführlichen Referat die Kollegen an sich zu fesseln, so daß ihm am Schluß lebhafter Beifall zuteil wurde. Die Versammlung stand einstimmig auf dem Standpunkte, daß die Tätigkeit der Gauvorsteherkongress eine gute zu nennen ist. An der Diskussion beteiligten sich einige Kollegen. Eine Aufnahme in den Verband wurde vollzogen. Unter „Mitteilungen“ gab der Vorsitzende bekannt, daß die neue Arbeitsordnung vorliege. Der Vorsitzende begrüßte den in unserer Mitte weilenden Bezirksvorsitzenden Schröder (Kalle a. d. S.). Auch die Gewerbegerichtshandbuden wurden gewählt. Den Bericht der Landeskongress der Gewerkschaftshaus des Hessens zu Offenbach a. M. gab Kollege Uebe daran anschließend die Abrechnung des Johannistages. Besonderer Dank wurde der Mittlichen Hofbuchdruckerei für die Ortsabteilung der Johannistagsfeierlichkeiten gezollt. Eine Geldbewilligung wurde genehmigt. Unter „Verschiedenem“ wurden einige interne Angelegenheiten besprochen.

Düren (Rhd.). „Die Große Faktorenvereinigung in Gegenwart und Zukunft“, lautet der Vortrag, den uns unser Bezirksvorsteher A. Landt (Röln) in der Versammlung am 28. September hielt. Redner führte u. a. aus, warum die F. F. M. gegründet wurde und betonte, daß der Ruf auf Anerkennung als tarifliche Sparte nicht unerhört bleiben würde, wenn alle Faktoren sich bewußt wären, daß sie nur im Verbande den Schutz hätten, den die Vertragsgemeinschaft nicht gewähre. An der hierauf anschließenden Diskussion, die sehr reger war, beteiligte sich besonders unser Bezirksvorsteher des Verbandes, Kollege Greden (Machen). Er begrüßte das Vorgehen der F. F. M. und wünschte ihren Bestrebungen vollen Erfolg. Nach Erledigung einiger Anträge über die Tarifauschließung und das Bekleidungsrecht schloß der Vorsitzende die schönverlaufene Versammlung.

Stuttgart. (Maschinenlehre.) In der Monatsversammlung am 3. Oktober wurde nach Erledigung interner Vereinsangelegenheiten zur Tarifberatung Entscheidung genommen. In lebhafter Aussprache hierüber wurde

Beschlossen, an unsre Vertreter wiederum die dringende Mahnung zu richten, nach besten Kräften für die besonderen Forderungen der Maschinenfabrik einzutreten. Eine diesbezügliche Resolution wurde gefasst und abgehandelt. Hierauf erhielt Kollege Hentrich das Wort zu seinem Vortrag über: „Die Bedeutung der Sechsmaschine in wirtschaftlicher und sozialer Beziehung“. Nach den bereits gehaltenen zwei Vorträgen (1. Teil: „Die Entwicklung der Sechsmaschine“, 2. Teil: „Arbeitsweise und Behandlung der Sechsmaschine“) verstand es der Vortragende auch diesmal, die Aufmerksamkeit der anwesenden Spartenmitglieder auf den Inhalt dieses dritten Teiles zu lenken. Seinen Ausführungen folgte allseitiger Beifall. Die gedruckt vorliegenden drei Vorträge werden den Mitgliedern übermittelt. Nach Erledigung des letzten Punktes, „Sechsmaschine“, schloß Vorsitzender Vogel die angeregte verlaunete Versammlung.

Kaltrorp-Völgendorfmund. Die Versammlung am 19. September in Kaltrorp erluchte sich eines guten Besuchs. Nach Erledigung der üblichen Tagesordnung fand eine recht lebhaft ausgefallene über die Tarifverhandlungen statt. Es wurde von allen anwesenden Kollegen der Wunsch geäußert, daß es dort gelingen möge, unsre berechtigten Forderungen erfolgreich durchzusetzen. Vor allen Dingen soll die Lohnfrage im rheinisch-westfälischen Industriebezirk mehr Berücksichtigung finden, da hier die Vergaberichtlinien mangelhaft seien, welche einen nicht geringen Einfluß auf die Preisgestaltung hätten. An einen Abbau der Industriezulage sei gar nicht zu denken, selbige müßte vielmehr noch besser ausgebaut werden. Nachdem zu dieser überaus wichtigen Frage das letzte Wort gefallen war, schloß Vorsitzender Max Köpfer die Versammlung.

Königsberg i. Pr. Am 1. Oktober d. J. ist die hiesige Bezirksorganisation ins Leben getreten. Zu diesem Zwecke halfte der Vorsitzende des Ortsvereins Königsberger Buchdrucker, Kollege Hannemann, zum 29. September eine Lehrlingsversammlung einberufen, zu der die Seher- und Druckerlehrlinge nebst ihren Angehörigen sowie unser Gauvorsitzer Reischer und Vertrauensleute einzelner Drucker erschienen waren. In kurzen Worten sprach der Vorsitzende des Ortsvereins über Zweck und Ziele der Bezirksorganisation und forderte die jungen Gutenbergsöhne auf, ihre ganze Kraft für die Organisation einzusetzen und zum Wachsen, Blühen und Gedeihen derselben beizutragen. Der Vorstand dieser Organisation besteht aus drei Gehilfen und drei Lehrlingen; vom Ortsvereine wurde ein Vorstandsmitglied in den Vorstand delegiert. Nach der Wahl des Vorstandes richtete Gauvorsitzer Reischer begrüßende Worte an die neugegründete Organisation und wünschte ihr Wachsen, Blühen und Gedeihen. Nachdem noch etliche Anfragen aus der Versammlung Beantwortung gefunden, fand diese ihren Abschluß.

Leipzig. (Gaumitgliederversammlung am 21. September.) Kollege Kesselbarth leitete die Versammlung. Den Bericht über die Gauvorsitzerkonferenz erstattete Kollege Hilger. In kurzen, sachlichen Ausführungen schilderte er den Verlauf dieser Tagung, hierbei besonders erwähnend die Frage der Tarifrevision und die Ausprägung über die Opposition. In der anschließenden regen Debatte wurde mit starker Leidenschaft von den Vertretern beider Richtungen das Ergebnis der Konferenz besprochen. Auch in der Diskussion waren es die Fragen Tarifrevision, Arbeitsgemeinschaft und Klassenkampf sowie die Stellung zur Opposition, die am eingehendsten behandelt wurden. In seinem Schlussworte machte Kollege Hilger erst noch einige sachliche Mitteilungen über die Konferenz, dann mit allem Nachdruck den Vorwurf zurückweisend, daß sich die Opposition in ihren Tendenzen geändert habe. Er stellte fest, daß er mit dem Ergebnisse der Gauvorsitzerkonferenz durchaus nicht in allen Punkten einverstanden sei. Zu Punkt 3 berichtigte Kollege Otto Gerßme in Auftrag einer Kommission über die Verlegung der Bureauräume. Es lagen der Versammlung zwei Möglichkeiten vor: entweder umziehen nach dem „Volksbau“ oder vorläufig in dem alten Heime verbleiben. Nach reger Aussprache lehnte die Versammlung den Umzug nach dem „Volksbau“ ab. Der Antrag Engelmann, den Arrogantwitwen untrer gefallenen Kollegen das Sterbegeld auszusprechen, wurde nach kurzer Debatte abgelehnt. Unter „Verschiedenes“ teilte der Vorsitzende mit, daß als Vertreter zum Betriebsratkongreß der Kollege Hilger gewählt worden sei. Ein Antrag des Kollegen Engelmann, die Kollegen Krellin und Pöfender wegen ihrer Haltung bei den Beratungen über den Straßenbahnerstreik durch den Gauvorsitzenden zu befragen, wurde noch angenommen.

Leipzig. (Maschinenmeister.) Am 17. Oktober hielt der hiesige Maschinenmeisterverein in den „Drei Lilien“ eine außerordentliche Mitgliederversammlung ab, die einen guten Besuch aufzuweisen hatte und folgende Tagesordnung erledigte: 1. Vereinsbericht; 2. „Arbeits- und Lohnprobleme der Neuzeit“ (Referent Kollege Schaeffer); 3. Verschiedenes. Der Vereinsbericht wurde durch einen kurzen Rückblick auf die Tätigkeit des Vorstandes eingeleitet, dem sich eine kurze Erläuterung des Arbeitsprogramms des Normenausschusses anschloß, mit der Mitteilung, daß noch weitere Kollegen als technische Berater von diesem Ausschusse zur Mitarbeit herangezogen wurden. Mit der Prüfung der zum Preisauschreiben des Vereins eingegangenen 14 Arbeiten wurden die schon bestehende Technische Kommission sowie weitere drei Kollegen aus der Versammlung beauftragt. Des weiteren wurde ein Zirkular der Zentralkommission vorgelesen und durch den Vorsitzenden erläutert. Hierauf entwickelte Kollege Schaeffer in freudigen Ausführungen ein klares Bild der Entwicklung der Arbeits- und Lohnverhältnisse im Rahmen der privatkapitalistischen Wirtschaftsordnung.

Besondere Berücksichtigung ließ er dabei der gegenwärtigen Lage des Maschinenmeisterberufs und den aus Prinzipalskreisen behaupteten Absichten bezüglich einer Umgestaltung der Arbeits- und Lohnverhältnisse in den Maschinenfabriken zuwenden. Gegenüber diesen Plänen wies der Referent an die Beispiele aus der Praxis nach, wie verfehlt in den meisten Fällen die heutige Produktionsverteilung aufgebaut ist und durchgeleitet wird, und daß es viele und sichere Wege zu einer größeren Wirtschaftlichkeit der Maschinenproduktion gibt, die aber allerdings fast durchweg in ganz anderer Richtung als die Prinzipalsanträge liegen. In den Spekulationen der Prinzipale auf besonders günstige Wirkungen eines Prämiensystems fand der Referent nur eine Spekulation auf niedere egoistische Triebe, die zwar im privatkapitalistischen Sumpfe üppig gedeihen, in Wirklichkeit aber das ganze soziale und wirtschaftliche Leben der Gegenwart vergiften haben. An praktischen Beispielen wies der Referent nach, wie z. B. das kritische Problem der Zurichtung in einfacher Weise wesentlich verkürzt werden könnte, wenn die Erfahrungen und Ratschläge der Maschinenmeister bezüglich der technischen Vorstufen, der Arbeitsverteilung usw. in wirklich sachmännlicher und weitblickender Weise berücksichtigt würden. Das wird aber erst möglich sein, wenn die heutigen Konkurrenzhindernisse und gegenseitigen Stimmungen des privatkapitalistischen Profitstrebens durch eine sozialistische Produktionsweise ersetzt werden. Dann erst wird es möglich sein, noch äußerst wertvolle Produktionskräfte in den Maschinenfabriken zu wecken und zu verwerten, die heute noch unter der privatkapitalistischen einseitigen Menschenausnutzung zur Ohnmacht, Interesselosigkeit oder unter der Gefahr drohender Arbeitslosigkeit zur Opposition verurteilt sind. Mit gespannter Aufmerksamkeit folgte die Versammlung den überzeugenden Darlegungen des Referenten und dankte ihm am Schluß seines Vortrages mit lebhaftem Beifall. Nach kurzer, sachlicher Diskussion und einem kurzen Schlussworte wurde mit allen gegen eine Stimme die in dem Artikel „Maschinenmeister oder Maschinennechte“ in Nr. 120 des „Korr.“ schon veröffentlichte Resolution angenommen.

Leipzig. (Schriftschneider-Monatsversammlung vom 16. September.) Durch die Einführung des Schriftschneider-Reichstaxi bei der Firma Scheller & Giesecke hat sich die Notwendigkeit ergeben, daß mit den dortigen Kollegen des Metallarbeiterverbandes ein organisatorisches Zusammengehen hergestellt wird. Nach einer längeren Aussprache, in welcher der Vorsitzende in dringlicher Weise die betreffenden Kollegen ermahnte, sich doch nun ebenfalls der Vereinigung anzuschließen, mußte erneut festgestellt werden, daß noch ein kleiner Teil der Kollegen dieser Firma den Anschluß an unsre Vereinigung ablehnte. Es ist aber zu hoffen, daß es uns in nicht allzu ferner Zeit gelingen wird, sämtliche Kollegen in Leipzig in der Vereinigung zusammenzufassen. Über die Klageklage untrer Kollegen bei der Firma Giesecke & Deichert teilte der Vorsitzende mit, daß der Sachlungsausschuss diese Angelegenheit schon zu den Akten gelegt hatte. Auf den Einspruch untrer Organisation hin wird nun baldigt der entscheidende Termin angefeht werden. Gegen die Auslegung des § 9 des Reichstaxi, wie sie der Vorsitzende der Zentralkommission der Sieber gegeben hat, ist durch den Vorstand protestiert worden. Die Verammlung billigte den Protest. Aber einige neue Mitteilungen betreffend Seinarbeit und Preisunterbietungen hat der Vorstand schon die notwendigen Schritte eingeleitet, um hier Aufklärung zu schaffen. Mit der Mahnung zur regsten Mitarbeit schloß der Vorsitzende die sehr stark besuchte Versammlung.

Bezirk Riegnitz. Leider mußte auch unser Bezirk in diesem Jahre von einer Bezirksversammlung der hohen Reichshofen und der Verlehrschwierigkeiten wegen Abstand nehmen. Deshalb wurde für den 12. September eine Ortsvorsitzenden- und Vertrauensmännerkonferenz nach Riegnitz einberufen. Bezirksvorsitzender E. Scholz bedauerte, daß gerade in dieser bewegten Zeit nicht alle Kollegen des Bezirks an dieser Sitzung teilnehmen könnten. In seinem Tätigkeitsberichte gab er ein Bild über die Lage des Bezirks, der an Mitgliederzahl immer mehr zunehme. Der Mitgliederstand zählt zur Zeit 285 Kollegen und nur 18 Kollegen gehören andern Organisationen an. Die Arbeitslosigkeit ist noch zutiefst bedauerlich; etwa 30 Kollegen mußten verhußt arbeiten. 18 Kollegen des Bezirks sind ohne Beschäftigung. Das Andenken der verstorbenen Kollegen wurde in üblicher Form geehrt und dann der Subllare gedacht, die den unauströblichen Stamm des Verbandes und Bezirks bilden. Betreten waren die Orte Buzslau, Sannau, Goldberg, Lüben, Sauer, Neumarkt und Riegnitz; es fehlten die Kollegen aus Parchwitz und Köthenau. Aus den Berichten der einzelnen Orte war zu entnehmen, daß der Verammlungsbescheid zutiefst bedauerlich ist, nur die jüngeren Kollegen haben die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Befähigung noch nicht erfaßt und gehen lieber ihren eignen Angelegenheiten nach. Die Verteilung der Remuneration wurde dem Vorschlage des Vorstandes entsprechend angenommen. Ein anderer Punkt der Tagesordnung betraf die Gründung einer Bezirkskassa. Der Vorsitzende ging auf deren Notwendigkeit näher ein und betonte, daß der Bezirk Riegnitz hierin noch eine Ausnahme bilde. Die Aussprache hierüber ergab, daß die Orte Buzslau und Goldberg sich entschließen kräuben, Beiträge hierfür zu entrichten. Die übrigen fünf Orte stimmten der Gründung zu. Das hierfür ausgearbeitete Statut wurde einstimmig gutgeheßen und der Bezirksbeitrag auf 30 M. pro Woche festgelegt. Einer Anregung zufolge wurde beschlossen, für den Bezirk ein Postfachkonto zu errichten. Nunmehr erhielt Gauvorsitzer Fiedler das Wort zu seinem Bericht über die Gauvorsitzerkonferenz. Die bisher bekanntgewordenen Anträge der Prinzipale wurden eingehend be-

sprochen und dabei die der schließlichen Prinzipale besonders scharf unter die Lupe genommen. Die schließlichen Kollegen werden aber auch diesmal nicht zugeben, daß sie eine Ergratung in der Tarifgemeinschaft fangen. Dem Kollegen Fiedler wurde für seinen ausführlichen Bericht der Dank in üblicher Form abgestattet. Nach Erledigung verschiedener öffentlicher und persönlicher Angelegenheiten konnte Kollege Scholz mit einigen aufmunternden Schlussworten um 4 Uhr die Sitzung schließen.

Mosfen-Siebenlehn. Als am 1. August d. J. Kollege Klemm (Mosfen) Bericht über den Dresdner Gaugab regte er am Schluß die Gründung eines Ortsvereins für Mosfen-Siebenlehn an, was auch von den zahlreich erschienenen Kollegen ohne Diskussion begrüßt wurde. Gewählt wurde als Vorsitzender Kollege Oskar Schiele (Mosfen) und als Kassierer Kollege Hermann Klemm (Mosfen). Jeden letzten Sonntag im Monate soll eine Zusammenkunft stattfinden. Zur Zeit beträgt hier die Mitgliederzahl 18. Möge unsern jungen Verein ein recht gedeihliches Wirken beschieden sein!

Offenbach a. M. (Maschinenfabrik.) Versammlung am 26. September. Nach Erledigung des „Wirtschaftlichen“ und zweier Neuaufnahmen standen die Änderungsanträge der Zentralkommission zur Tarifberatung zur Besprechung. Nach kurzer Aussprache gab die Versammlung, 75 Proz. der Gesamtmitglieder, einstimmig ihren Willen dahin kund, den Hauptpunkten: „1. Verkürzung der täglichen Arbeitszeit an den Seher- und Montagetischmaschinen aller Systeme auf 7 1/2 Stunden, einschließlich der halbstündigen Pausen; 2. das Lohnminimum ist an allen Maschinenfabriken und bei allen Schahnen das in § 4 festgesetzte zuzüglich 25 Proz. Aufschlag“, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln zur Durchföhrung zu verfahren. Eine dementsprechende, mit der Frankfurter vereinigte Resolution wurde der Zentralkommission überwiefen. Nach einem kurzen Berichte des Vorsitzenden über die Generalversammlung der Gauvereinigung in Frankfurt a. M. und über das Referat des Kollegen Domiat über den Maschinenfabrikongreß, wobei leider festgefällt werden konnte, daß durch allzuviel Persönliches das Sachliche in den Hintergrund gedrängt wird, folgte unser „Technikum“ ein Vortrag des Kollegen Müllt über die Doppelmagazinmaschine, wofür er am Schluß den Dank der Versammlung erntete.

Osterrick (Saxr). Am 2. Oktober fand eine auf Antrag von 23 Kollegen einberufene Versammlung mit folgender Tagesordnung statt: „Stellungnahme betreffend Verweigerung der Bezahlung des erhöhten Verbandsbeitrags“. Kollege Zappe machte zunächst Mitteilung über eine Neuaufnahme, die einstimmig vollzogen wurde. Sämtliche Belehrlinge haben sich der Lehrlingsabteilung angeschlossen. Hierauf ging man zur Tagesordnung über. Kollege Schuchardt führte aus, daß die Spannung im Lobne zwischen der Provinz und der Großstadt entscheidend zu groß sei. Bis jetzt sei die Provinz bei allen Tarifberatungen recht kleinstmütlich behandelt worden. Im Verbandsbeleg es: „Gleiche Rechte, gleiche Pflichten! Wir hätten nur gleiche Pflichten! Er forderte Staffetung des Verbandsbeitrags und empfahl schließlich die Verweigerung der Beitragserhöhung. Die nachfolgenden Redner sprachen teils dafür, teils dagegen, sie waren sich jedoch darin einig, daß für die arbeitslosen Kollegen ganz entschieden etwas getan werden müsse. Und die Redaktion des „Korr.“ wurde im Laufe der Versammlung recht scharf angegriffen. Kollege Zappe forderte die Kollegen auf, die Verweigerung der Bezahlung des erhöhten Verbandsbeitrags fallen zu lassen. Die Fälle Bremen, Königsberg usw. wurden angeführt, ebenso die Folgen, die aus dieser Maßnahme entstehen würden. Auch mehrere der nächsten Redner sprachen einflussvoller. Gewiß waren auch sie für eine scharfe Resolution an die maßgebenden Stellen. Im großen und ganzen erklärten sie aber, daß, wer nicht dem Verbands den Rücken kehren wolle, den erhöhten Beitrag bezahlen müsse. Die Opposition hatte inzwischen eine Resolution eingereicht, die jedoch bei der Verlesung glatt unter den Tisch fiel. Nach etwa halbstündiger Unterbrechung der Versammlung wurde nach kurzer Diskussion eine neue Resolution, die dem Gau- und Verbandsvorstande sowie der Redaktion des „Korr.“ zugestellt werden soll, mit großer Mehrheit angenommen. Darin kommt u. a. die schärfste Mißbilligung über die von der Gauvorsitzerkonferenz beschlossene Erhöhung des Ortsbeitrags zum Ausdruck. Es sei den Kollegen in den kleinen Orten unmöglich, bei den niedrigen Lohnsätzen 5,25 Mk. Verbandsbeitrag aufzubringen. Auch in den kleinen Orten werde die Mollate der Arbeitslosen voll gewürdigt, aber deren Unterstützung sei auf andere Art zu bewerkstelligen. Die Beiträge seien ebenso zu stellen, wie der Lohn, denn der Unterschied zwischen Klein- und Großstadt betrage 80—90 Mk. wöchentlich. Der Verbandsvorstand wurde beauftragt, die ungeheure Ungerechtigkeit bei der bevorstehenden Tarifberatung mit den Gehilfenvertretern zu beseitigen. Schließlich wurde in der Resolution noch die Schreibweise des „Korr.“ bemängelt. (Mit allgemeinen Redensarten ist absolut nichts bewiesen. Man sage lieber deutlich, was einem nicht gefällt. Red.)

Verschiedene Eingänge

„Deutscher Bund“ und „Steinbrücker.“ Monatlicher Bericht über die graphischen Künste mit der Unterhaltungsbeilage „Graphische Freizeitsunden“; vereinigt mit dem „Journal für Buchdruckerkunst“, Herausgeber Ernst Böhm in Berlin W 57, Teanewitzstraße 19. Heft 12 (September 1920). 26. Jahrgang. Preis vierteljährlich 10 Mk., ganzjährig einschließl. des Weihnachtsheftes 40 Mk.

„Graphischer Arbeitermarkt.“ Zentralorgan für das gesamte graphische Gewerbe. 3. Jahrgang. Nr. 37. 32. Heft: J. A. W. Wagner'sche Buchdruckerei, Weidau a. d. Draa.

„Zu treuen Fellen.“ Vorträge und Lieder, dem Verbands der Lithographen, Eisenbrücker und verwandten Berufe Deutschlands zugeeignet von Paul Barthel. Verlag von Konrad Müller, Schleiditz bei Leipzig.